Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Märkerstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 59 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.– monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Freitag, den 11. März 1921 | Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Präsidentenwahl im Landtag.

Die internationale Gewerkschaftskommission in Berlin verhaftet — Vertrauensvotum für Simons Die Lohnsteuer.

Gestern, am 10. März, trat der neugewählte preußische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Man sah viele neue Gesichter. Eröffnet wurde die Sitzung von dem alten Zentrumsmann Herold, der mit klugen und ernsten Worten, die frei waren von jeglicher nationalen Hetze, auf die jetzige politische Lage einging und auch auf die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien hinwies. Die Kommunisten und Unabhängigen konnten es sich natürlich nicht versagen, ihren abweichenden Standpunkt in nicht gerade sachlichen und originellen Erklärungen vorzubringen. Bei der Wahl des endgültigen Präsidenten wurde mit überwältigender Mehrheit Genosse Leinert gewählt. Man könnte keinen besseren für dieses heikle Amt finden! Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgte durch Zuruf, wobei die Veränderung gegen die alte Landesversammlung dadurch zum Ausdruck kam, daß statt des ehemaligen Demokraten der Deutsche Volksparteiler Garnich an den Vorstandstisch berufen wurde. Als das Haus sich schon vertagen wollte, brachte der Dn. Lüdicke noch einen Antrag ein, morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten zu setzen. Der Antrag wurde abgelehnt, doch bezeichnend war es, daß er außer von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auch von den Kommunisten unterstützt wurde. Die Extreme berühren sich.

Das ungelöste Problem der Wiedergutmachung.

Paris, 11. März. Der französische Sachverständige, Ministerialdirektor Seydoux, erklärte dem Sonderberichterstatter des Intransigeant in London auf die Frage, wie er die Lage auffasse, das Reparationsproblem sei das schwierigste, das seit Jahrhunderten der Menschheit gestellt worden sei. Es könne weder militärisch noch politisch, sondern nur durch Uebereinkommen gelöst werden. Man könne Steuern erheben, Anleihen aufnehmen und die ausländischen Schulden zum Nutzen der Alliierten erhöhen. Die Verfasser des Friedensvertrages hatten zwei Dinge übersehen, die eine beträchtliche Rolle spielten: die wirtschaftliche Krisis und der Sturz des Wechselkurses. Diese zwei Faktoren zwingen jetzt, ein Mittel zu suchen, damit man bezahlt werde, ohne daß Deutschland die alliierten Länder mit seiner Ueberproduktion überschwemme.

Basel, 11. März. Der Berner Berichterstatter der Basler Nationalzeitung verweist darauf, daß die von Lloyd George geäußerte Absicht, auch die indirekte deutsche Einfuhr zu unterbinden, die Abmachungen des Völkerbundpaktes verletzte. Nach diesen könnten die Neutralen nicht dazu angehalten werden, ihren Warenverkehr mit Deutschland aufzugeben. Sollte der Plan aber trotzdem verwirklicht werden, dann würde er für die neutralen Länder, ganz besonders für Holland und die Schweiz, nicht unerhebliche Folgen haben.

Hamborn vorläufig nicht besetzt.

Düsseldorf, 10. März. (WTB.) Die Nachrichten von einer Besetzung Hamborns treffen vorläufig nicht zu. Eine interalliierte Kommission hat sich gestern aus Hamborn wieder entfernt, allerdings mit der Erklärung, daß eine andere Kommission eintreffe. Doch glaubt man, daß die Truppen irrtümlicherweise zu weit vorgestoßen waren. Hingegen bleibt die August-Thyssen-Hütte von belgischen Radfahrertruppen besetzt. Gerüchte von einer Besetzung Oberhausens sind darauf zurückzuführen, daß gestern die Stadt durch Truppen zu Aufklärungszwecken durchschritten wurde.

Stockendes Ausfuhrgeschäft in Rheinland-Westfalen.

Ueber die Wirkung der Zollbeschlagnahme meldet der „Lok.-Anz." aus Essen, daß sich bereits in den kaufmännischen Kreisen von Deutz eine große Unsicherheit bemerkbar mache. Die rechtsrheinischen Aufträge bleiben aus, bereits gegebene Aufträge werden zurückgezogen. Der bisherige Schaden für Industrie und Handel beläuft sich bereits auf Millionen. Aus Rheinland-Westfalen wird der fast völlige Stillstand des Ausfuhrhandels gemeldet.

„Kein Streik wird geduldet."

Aus Düsseldorf geht dem „Vorwärts" das Original der in zwei Sprachen abgefaßten Verordnung des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungstruppen, Generals Degoutte, zu. Diese Verordnung, die den Belagerungszustand verhängt, ist links in französischer, rechts in deutscher Sprache gehalten. Der Punkt 2 der Verordnung hat in der deutschen Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden sowie die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Jede Zerstörung von Material ist strengstens untersagt. Kein Streik wird geduldet."

Dieser letzte Satz ist merkwürdigerweise in der französischen Ausgabe nicht enthalten. Man zerbricht sich in Düsseldorf den Kopf, weshalb er dort wohl fortgelassen sei. Man nimmt an, daß diese Unterlassung deswegen erfolgt sei, weil man den französischen Arbeitern, die sicher nur den französischen Text zu lesen bekommen, die Tatsache des Streikverbots vorenthalten will. Denn schließlich will ja doch Degoutte im eigenen Lande als der „Befreier" erscheinen und nicht als Gerichtsvollzieher des Ententekapitalismus.

Demonstrierende Kommunisten.

Berlin, 10. März. Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands veranstaltete heute nachmittag im Lustgarten eine Versammlung, in der etwa 10 Redner gegen die Forderungen der Londoner Konferenz und gegen den internationalen Kapitalismus Protest erhoben. An den Kundgebungen nahmen etwa 10 000 Personen teil, die nach Beendigung der Versammlung in kleinen Trupps abzogen. Einige hundert Mann brachten vor dem Rathause Hochrufe auf Sowjet-Rußland aus. Zu erwähnenswerten Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Auflösung der Reichskartoffelstelle.

Da die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln bereits seit August 1920 aufgehoben und eine Wiederholung des Systems der Kartoffellieferungsverträge nicht beabsichtigt ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft für den 1. Juli 1921 die Auflösung der Reichskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, und das Außerkrafttreten einer Reihe auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung noch in Geltung befindlicher Verordnungen bestimmt. Die Auflösung der Reichskartoffelstelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H. ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung für den gleichen Zeitpunkt festgesetzt worden. Von Beginn der Frühkartoffelernte an wird hiernach der Verkehr mit Kartoffeln im Inlande von jeder reichsrechtlichen Regelung frei sein. Die Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln über die Grenzen des Deutschen Reiches muß dagegen weiterhin von der Erteilung besonderer Bewilligungen abhängig bleiben.

Die ersten Züge der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien eingetroffen.

Oppeln, 10. März. Die ersten Sonderzüge mit Reichsoberschlesiern sind heute vormittag in Oberschlesien eingetroffen. Die spontanen Begrüßungen durch die Bevölkerung auf den Bahnhöfen gestalten sich zu machtvollen Kundgebungen für Deutschland.

Die Kämpfe um Petersburg.

Kopenhagen, 10. März. Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Der Korrespondent der Zeitung „Helsingin Sanomat Terijoki" meldet am 9. März abends, daß die Batterien von Kronstedt im Laufe des Tages die Küsten bei Petersburg und Larnowka mit schwerem Geschütz beschossen haben. Der Korrespondent meldet weiter, daß die Erhebung bis auf weiteres nicht den Zweck habe, das Rätesystem zu stürzen, aber gegen die Sowjetregierung gerichtet ist und namentlich gegen die an der Regierung befindlichen kommunistischen Partei, welche beabsichtigt, die Arbeiter zu unterdrücken. Die erste Forderung der Gegenrevolutionäre ist, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Die Revolutionäre sind auch überzeugt, daß die Räteregierung allein Rußland nicht vom Ruin retten könne. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz in der Regierung gefordert. Die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung sei bisher nicht erhoben.

London, 10. März. Wie der „Times" aus Riga gemeldet wird, ist nach einem offiziellen Bericht Petersburg, mit Ausnahme zweier Bahnhöfe, in der Hand der Aufständischen. Die Roten Truppen sollen schwere Verluste erlitten haben.

London, 10. März. (WTB.) Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen sollen Trotzki und Sinowjew ihre Hauptquartiere in der Peter-Pauls-Festung aufgeschlagen haben, wohin auch General Brussilow berufen sein soll, der zum Oberbefehlshaber ernannt wurde.

Bayerleichterungen im Verkehr mit Oesterreich.

Wien, 10. März. Bei der Beratung des Budgets im Nationalrat erklärte Bundesminister Glanz, daß im Interesse der Hebung des Verkehrs mit Deutschland die Paßbehandlung von den österreichisch-deutschen Uebergangsstellen in bestimmten Umfange erleichtert werden soll. Der Touristenverkehr soll soweit als möglich von den Einreisevorschriften usw. befreit werden.

Die Internationale und die Entente.

Die Londoner Konferenz und ihre Folgen haben den Parteien in Deutschland, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, endlich ein zugkräftiges Kampfmittel gebracht. Es scheint sich sogar zu einem Universalmittel zu gestalten. Suchten früher nur Kommunisten und Deutschnationale ihre Argumente aus demselben Misthaufen, so ist die Benutzung des augenblicklich erwähnten allgemein. Kommunisten und Unabhängige nehmen sich seiner mit derselben Liebe an wie die Deutschnationalen, und selbst die Demokraten verschmähen es nicht. Das Argument im Kampfe gegen unsere Partei ist die Haltung der belgischen Sozialdemokraten, die bekanntlich mit bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung bilden. Eine Anzahl belgischer Sozialisten sitzen als Minister in dem zurzeit regierenden Kabinett.

Es wird den belgischen Sozialisten verübelt, daß ihre Regierung auf der Londoner Konferenz konform mit den anderen Regierungen der alliierten Länder gegangen ist. Es wird ihnen verübelt, daß belgische Truppen den Einmarsch in das Industrierevier mitmachten. Es wird ihnen verübelt, daß die belgische Regierung sich nicht gegen die wahnsinnigen Pariser Forderungen gewandt hat. Weil aber gerade die belgische Partei eng mit der Amsterdamer Internationale liiert ist, so machen alle die genannten gegnerischen Parteien der Amsterdamer Internationale den Vorwurf, daß sie in den genannten Fragen nicht nur ihre Ohnmacht bewiesen habe, sondern auch nicht den guten Willen aufgebracht habe, helfend für das deutsche Proletariat einzugreifen. Sogar die Gründe, die die einzelnen Parteien dafür anführen, nähern sich bedenklich einem gemeinsamen Gedankengange, der sich am ausgeprägtesten natürlich bei den bürgerlichen Parteien zeigt und in der Behauptung gipfelt, die Internationale wäre gar keine Internationale, weil die Vertreter der Länder darin alle Nationalisten wären, bis allein auf die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie. Diese allein wären international gesinnt und handelten danach, und besorgten dadurch sozusagen die Geschäfte der anderen imperialistischen Regierungen. Als Beweis wird dann die Haltung der sozialistischen Minister in Belgien angeführt, in all den Fragen, die durch die Pariser Beschlüsse und durch die Londoner Konferenz aufgeworfen worden sind.

Wir wollen nun sachlich untersuchen, in welcher Lage sich diese sozialistischen Minister befanden, als sie sich gezwungen sahen, in irgendeiner Form zu der vorher genannten Situation Stellung zu nehmen. Wir haben keine Veranlassung, ihre Haltung zu entschuldigen oder zu beschönigen, sondern nur sie begreifen zu lehren. Die Beteiligung der Sozialdemokraten in Belgien an der Regierung ist allein unter dem Gesichtswinkel der Durchsetzung von Reformen in der inneren Politik des Landes zustandegekommen. Hier ist die Partei ein ausschlaggebender Faktor im Vergleich zu den anderen Parteien und sie hat in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit schon manche Erfolge aufzuweisen.

Ganz anders ist es auf dem Gebiet der Außenpolitik. Hier ist Belgien vollständig abhängig von den alliierten Regierungen. Es ist auf Gedeih und Verderben mit ihnen verbunden. In Fragen der belgischen Außenpolitik haben es die belgischen sozialistischen Minister also nicht allein mit dem Widerstand der bürgerlichen Minister im eigenen Lande zu tun. Wenn sie in der Außenpolitik eigene Ziele und Forderungen aufstellen wollen, haben sie geschlossen die Staatsmänner von Frankreich, England, Italien usw. gegen sich. Gegen diese Leute Forderungen, und sogar noch außenbemerkbar, vertreten zu wollen, dazu sind sie viel zu schwach. Es hieße von ihnen Unmögliches verlangen, wenn sie allein praktisch gegen die Politik der Entente-Staatsmänner ankämpfen sollten. Denn weder in England noch in Frankreich ist die Arbeiterschaft in der Lage, in derselben Form wie in Belgien Einfluß auf die Außenpolitik der Entente auszuüben. Dieser Einfluß muß erst noch errungen werden und namentlich in England hat es den Anschein, als ob die Arbeiterschaft dort auf dem besten Wege dazu ist.

Aber man soll auch nicht verkennen, daß nicht allein die abhängige Stellung Belgiens den Sozialisten dort die Hände bindet, auch die Vergangenheit der Kriegsjahre tut das immer noch. Belgien hat, bis auf einen kleinen Teil, über vier Jahre lang voll die Qual der Besetzung durchgemacht, unter der am meisten doch gerade die Arbeiterschaft gelitten hat. Wir brauchen nur an die Deportation der belgischen Arbeiter zu erinnern. Belgien hat wie kein anderes Land die Segnungen der deutschen militärischen Willkür kosten gelernt. Und nun halte man sich vor Augen, daß die Vertretung der deutschen Republik auf der Londoner Konferenz nicht in den Händen der deutschen Gewerkschaften lag, die allein damals gegen den zwangsweisen Abschub ihrer belgischen Klassengenossen protestierten, sondern sie lag in den Händen der Angehörigen jener Klassen, die Deutschland in diese Lage gebracht haben — man denke an Herrn v. Seeckt, den Begleiter Simons —, wenn auch die typischsten und kompromittiertesten Vertreter derselben ausgeschifft sind. Aber sozialistisch ist die Regierung in Deutschland noch immer nicht. Ein unbefangenes, rückhaltloses Eintreten für Deutschland kann man also auch bei den höchsten Ansprüchen an internationales Handeln von den belgischen sozialistischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192103l1-16/fragment/page=0001

Ministern nicht verlangen. Damit soll aber noch lange nicht gesagt sein, daß alle ihre Handlungen ohne Tadel seien. Doch ist es Aufgabe der Internationale selbst, dazu Stellung zu nehmen und die Belgier zu hören.

Die Erörterung dieser Frage wird in nächster Zeit wohl noch manchmal notwendig sein. Man kann das daraus schließen, daß alle gegnerische Parteien sich unisono auf dieses gefundene Fressen stürzen. Man darf sich aber dabei nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die Kommunisten wollen ihre 3. Internationale empfehlen. Die Unabhängigen die 2½. Die bürgerlichen Parteien aber sind alle interessiert, den Karren des Nationalgefühls aus dem Sumpf zu ziehen. Sie haben eine gemeinsame Ader auch mit den Nationalisten der Ententeländer. Mit der Hervorkehrung des Nationalgefühls, mit der Methode der nationalen Verhetzung lenkt man die Volksmassen aller Länder von ihrem Kampf um die Aenderung der Wirtschaftsform, von ihrem Kampf um die Verbesserung ihrer elenden wirtschaftlichen Lage ab. Trotz aller bestehenden Gegensätze zwischen den herrschenden bürgerlichen Kreisen in den einzelnen Ländern findet man doch das verständnisinnige Augenzwinkern heraus, mit dem sie gegenseitig die Hervorkehrung des nationalen Standpunktes begleiten. Das soll uns Veranlassung sein, nicht unbesonnen, vor allen Dingen nicht ohne die belgischen Genossen selbst gehört zu haben, Steine auf sie oder auf ihre Tätigkeit zu werfen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß in einer Koalitionsregierung — die man oft nicht vermeiden kann — die sozialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Man soll das auch nicht von Belgien verlangen.

Deutscher Reichstag.

Weitere Generaldebatte über unsere Innenpolitik.

Die Donnerstagssitzung des Reichstages wurde mit Rücksicht auf die wichtigen Beratungen des außenpolitischen Ausschusses über London bald nach 4 Uhr geschlossen. Immerhin kamen außer dem Reichsminister des Innern drei Redner zum Wort, um in großen Zügen ihre Haltung zur inneren Politik des Deutschen Reiches zu erklären. Bei den Bürgerlichen Parteien waren es zwei Theologen, die sprachen, Dr. Schreiber vom Zentrum und Dr. Everling von der Deutschen Volkspartei. Der Unterschied zwischen beiden Rednern war nicht sehr groß. Beide zeigten sich sehr besorgt um den konfessionellen Religionsunterricht und um die gesetzliche Bekämpfung der Schundliteratur, welch letztere auch von uns grundsätzlich für nötig befunden wird, jedoch eine sehr sorgfältige Ueberprüfung der vorgesehenen Bestimmungen erfordert, damit nicht etwa der wilhelminische Polizeigeist auch die Betätigung wirklicher moderner Kunst unterbindet. Im übrigen fielen seitens der bürgerlichen Redner eine Menge großer und schöner Worte über Wiederaufbau, sittliche Gesundung und ähnliches, wobei aber die im Grunde intolerante und dogmatisch gebundene Auffassung dieser bürgerlichen Theologen mitunter kraß in Erscheinung trat. Der Unabhängige Dr. Moses, der nach ihnen zu Worte kam, richtete wuchtige und berechtigte Angriffe gegen den Orgeschgeist, der unter dem Regiment Herrn Kochs ungestört immer mächtiger erstarken darf und gegen den ewigen Karneval des Schiebertums und der Bourgeoisie, der zu dem Elend der proletarischen Kinder in so krassem Gegensatz steht. Leider verloren seine Ausführungen zum Schluß durch manche Uebertreibung und ein etwas ermüdendes Pathos manches von ihrer Wirkung.

Preußischer Landtag.

1. Sitzung, Donnerstag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr.

Der Alterspräsident **Herold** (Ztr.): Ich begrüße die alten Abgeordneten sowie die neu eingetretenen Mitglieder des Landtages in dieser ernsten Stunde in der Voraussetzung, daß sie ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit sich einig sind, für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Die Londoner Verhandlungen sind gescheitert, obwohl wir in unseren Angeboten bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeiten gegangen sind. (Sehr richtig.) Die sogenannten Sanktionen, vom Reichskanzler mit Recht als Gewalttaten bezeichnet, treten in Kraft. Wir sind machtlos gegen die Waffenstillstandsbedingungen, auf die wir nur in Erwartung der Erfüllung der 14 Punkte Wilsons eingegangen sind, und gegen den späteren Gewaltfrieden. Jetzt scheut die Entente vor keinem Rechtsbruch zurück. (Bewegung.) Das deutsche Volk hat Willen und Kraft zum Weiterleben und wird sich nicht zerschlagen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Am 20. März wird sich das Schicksal Oberschlesiens entscheiden. Wir sind überzeugt, daß sich Oberschlesien für das deutsche Vaterland aussprechen wird, und sich nicht von Ost- und Westpreußen in der Anhänglichkeit an das deutsche Volk wird übertreffen lassen.

Abg. Adolf **Hoffmann** (Kom.): Die Worte des Alterspräsidenten zwingen meine Fraktion zu einer Erklärung: Wir können nicht über die Wirkungen des Krieges sprechen, ohne die Schuld der Imperialisten aller Länder festzustellen. Gerade die deutsche Bourgeoisie ist verantwortlich für die Verelendung der arbeitenden Massen durch den Krieg. Jetzt drückt sich die Bourgeoisie vor der Verantwortung und sucht den Fortschritt der Arbeiterschaft aufzuhalten. Die Regierung denkt nicht an die Interessen der arbeitenden Klassen und beschreitet nicht den einzigen Ausweg, um das Joch der Ausbeuter abzuschütteln: das Bündnis mit Sowjet-Rußland. Auch die oberschlesische Frage kann nur durch den Sturz der Ausbeuter und durch Errichtung der Rätediktatur gelöst werden.

Abg. **Ludwig** (U. Soz.) gibt im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab: Die U. S. P. erklärt nach wie vor, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden in den betroffenen Ländern auch die Sache Deutschlands ist. An dem Scheitern der Londoner Verhandlungen ist vor allem das kapitalistische Profitstreben Schuld. Die kapitalistische Wiedergutmachungspolitik will die Kriegsgewinne zu noch höheren Wiedergutmachungsgewinnen steigern. Dem sagen wir den schärfsten Kampf an. Die Beseitigung der Zwangsmaßnahmen verlangen wir schnellstens im Interesse der arbeitenden Klassen. Deshalb fordern wir baldigst die Wiederaufnahme der Verhandlungen und ihre Führung im Geiste der Wiedergutmachung. Ferner fordern wir restlose Entwaffnung. Auflösung der Einwohnerwehren, der Orgesch und ähnlicher Organisationen und rufen zum Kampf auf gegen die Kriegsschuldigen und gegen das kapitalistische System für den Sozialismus!

Es folgt die Wahl des Präsidenten und der Vize-Präsidenten durch Stimmzettel. Der Alterspräsident macht im Laufe der Abstimmung darauf aufmerksam, daß die Stimmkarten mit Namen abgegeben werden müssen, da sonst keine Kontrollmöglichkeit bestehe.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Kom.): Falls dem stattgegeben wird, wird die Wahl ungültig, da sie dann nicht mehr geheim ist.

Auf Vorschlag des Abg. **Siering** (Soz.) wird die Wahl unter Aufruf der Abgeordneten und Abgabe der Stimmzettel vorgenommen. Von 406 Stimmzetteln entfallen auf den Abg. Leinert (Soz.) 357 (Lebhafter Beifall), 47 sind unbeschrieben, 2 zersplittert. Der Abg. **Leinert** ist zum Präsidenten gewählt und übernimmt den Vorsitz.

Präsident **Leinert**: Ich danke Ihnen für das mir durch die Wahl entgegengebrachte Vertrauen und bitte um Ihre Unterstützung bei der Handhabung der Geschäftsordnung. Dem Alterspräsidenten Herold, der hoffentlich diesem Hause noch recht lange angehören wird, spreche ich den größten Dank für die Uebernahme des Vorsitzes aus. (Beifall.)

Abg. **Siering** (Soz.) zur Geschäftsordnung: Ich schlage vor, die Vizepräsidenten durch Zuruf zu wählen, und zwar: zum ersten Vizepräsidenten den Abg. Dr. Porsch (Ztr.), zum zweiten den Abg. Dr. v. Kries (Dn.), und zum dritten den Abg. Dr. Garnich (D. Vp.).

Präsident **Leinert**: Da kein Widerspruch erfolgt, sind die genannten Abgeordneten gewählt. Ich habe folgende Erklärung der Staatsregierung zu verlesen: „Nachdem der auf Grund der Verfassung gewählte Landtag zusammengetreten ist, sehen die Staatsminister ihren Auftrag zur vorläufigen Ordnung und Führung der Staatsgeschäfte als erledigt an, und treten von ihren Aemtern zurück. Nach § 59 Abs. 2 der Verfassung werden sie die Geschäfte weiterführen bis zur Uebernahme der Regierung durch die neuen Minister." — Zu dieser Erklärung bedarf es eines besonderen Beschlusses des Landtages nicht.

Abg. **Herold** (Ztr.) schlägt vor, daß auch die parlamentarischen Staatssekretäre ihre Aemter weiterführen. Das Haus ist damit einverstanden.

Bei Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung schlägt unter Hinweis auf die ernsten politischen Verhältnisse der Abg. **Lüdicke** (Dn.) vor, die Wahl des Ministerpräsidenten als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag wird gegen die Rechte und gegen die Kommunisten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr: Wahlen zum Staatsrat; Kleine Vorlagen. Schluß 4 Uhr 15 Min.

Simons erhält ein Vertrauensvotum.

Berlin, 10. März. (Amtlich.) Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichts und der eingehenden Aufklärungen, die sich in ausführlicher Aussprache ergaben, faßte das Kabinett einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt.

Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

Beschlüsse des Reichsrates.

Der Reichsrat hielt heute nachmittag unter Vorsitz des Ministers Heinze eine öffentliche Sitzung ab, in der u. a. zum Bau neuer Eisenbahnlinien in Ergänzung des Etats des Reichsverkehrsministeriums für 1921 noch 2,5 Milliarden Mark bewilligt wurden. Der Reichsrat erklärte sich einverstanden mit einer neuen Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Schließlich erledigte der Reichsrat noch den Gesetzentwurf über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um Unteroffiziere und Mannschaften, denen nach Ausscheiden aus dem Dienst außer laufenden Uebergangsgebührnissen und Zulagen auch eine einmalige Uebergangsbeihilfe von 2000 Mk. gewährt wird. Außerdem kann auf Antrag unter gewissen Voraussetzungen ein sogenannter Zivildienstschein erteilt werden.

Annahme des Reedereivertrages durch den Hauptausschuß unter Vorbehalt.

Bei der im Hauptausschuß des Reichstags am Mittwoch fortgesetzten Beratung des Reederei-Abfindungsvertrages machte u. a. Abg. **Hoch** (Soz.) folgende Ausführungen: In dem Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 ist ausdrücklich einem späteren Reichsgesetz vorbehalten, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund jenes Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist, und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Diesbezügliche Bestimmungen sind heute notwendiger als je. Bei der großen Not des Volkes ist es unerträglich, wenn zur Weiterbeschäftigung der Werftarbeiter so viele Milliarden an die Reeder ausgezahlt werden, ohne daß sich der Reichstag die Rechte aus jenem Gesetz vom Jahre 1917 wahrt. Ich stelle den Antrag, dem Reeder-Abfindungsvertrag nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß darin auch eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach der in Frage stehende Paragraph des Gesetzes vom 7. November 1917 auch für die Schiffe Geltung haben soll, die auf Grund des jetzigen Reederei-Abfindungsvertrages gebaut werden. — Ministerialdirektor **v. Jonquières** (Wiederaufbauministerium): Bei den Schiffen, die mittels der vom Reiche als Entschädigung für die seinerzeitige Enteignung gewährte Summe gebaut werden, kann billigerweise eine Gewinnbeteiligung des Reiches nicht verlangt werden. Anders steht es mit den auf Grund des Beihilfegesetzes gewährten Beträgen. — Der Ausschuß nahm einen Antrag der Deutschnationalen und Koalitionsparteien an, im Interesse des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft, insbesondere auch zum Zweck der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die Abgeltung aller derjenigen Liquidationsschäden, ähnlich wie bei den Reedern, durch private Vereinbarungen möglichst bald da vorzunehmen, wo die Liquidationen auf feindlicher Seite bereits durchgeführt sind, und wo das Reich in der Lage ist, im Wege der Vereinbarung sich ein Kontrollrecht darüber vorzubehalten, daß die Verwendung der Gelder im Interesse der deutschen Wirtschaft erfolgt. — Außerdem wurde nach eingehender Debatte auch der Antrag **Hoch** (Soz.) angenommen. Ferner gelangte eine Entschließung zur Annahme, wonach in der Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretung in der Reederei-Treuhand-Gesellschaft neben den Arbeitern und Matrosen auch die Angestellten als gleichberechtigte Gruppe angesehen werden sollen. — Ferner genehmigte der Hauptausschuß den Reederei-Abfindungsvertrag aber nur mit der Einschränkung, daß gegenüber gewissen darin vorgesehenen Vereinbarungen der Hauptausschuß innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach Kenntnisnahme das Einspruchsrecht hat, und daß im Falle des Einspruchs der ganze Hauptvertrag als aufgehoben gelten soll.

Was sich Aristokraten leisten.

Paris, 10. März. Ein aristokratischer Klub in Madrid hat eine Belohnung von 500 000 Peseten für die Entdeckung der Mörder des Ministerpräsidenten Dato ausgesetzt.

Der Einsam.

Eine Erzählung von Ludwig Anzengruber.

(2. Fortsetzung.)

Der Pfarrer war eine stattliche Erscheinung, von hoher, kräftig gebauter Gestalt, die Härte seiner Züge wurde durch die Völle und die Frische seines Gesichts gemildert; bleich und welk hätte dieses Antlitz mit den dunkeln, feurigen Augen, der scharf gebogenen Nase, dem starken Kinn und den weit abstehenden Backenknochen wohl Scheu erweckt, während es jetzt nur den Eindruck überlegener Willensstärke machte. Aber nur in dem Sinne, wie es der Kaplan gemeint hatte, der eben über zwanzig Jahre älter war, konnte der Pfarrer für jung gelten, denn er zählte wohl fünfundvierzig.

Gar kläglich nahm sich neben ihm der Bürgermeister des Ortes aus, trotz er über Mittelgröße maß, war er doch bei seinem gedrungenen Körperbau, dem Klotzigen und Ungefügen jeder einzelnen seiner Gliedmaßen eher für klein und zurückgeblieben anzusehen. Seine Augen hatten sich durch eine längere Uebung gewöhnt, über den Wülsten der unteren Lider eine eigene Achsenstellung anzunehmen, welche, seiner Meinung nach, dem Ausdruck besonderer Pfiffigkeit entsprechen sollte; hätten nun auch nicht die Hängebacken und der breite Mund mit der vordrängenden Unterlippe dem entgegengearbeitet, die Nase allein würde alles verdorben haben, die fürchterliche Nase, so derb und so knollig, daß sie im ganzen Ort vertraulicherweise nur das „Heft" genannt wurde, und die so rücksichtslos aus dem Gesichte hervorsprang, als wollte sie aller Welt bedeuten, wie leicht der ganze Mann an ihr zu führen sei. Der Bürgermeister verdankte seine Ehrenstelle lediglich nur dem Umstande, daß er der „Schwerste", das heißt der Reichste im Orte war.

Als die beiden in den Wirtshausgarten traten, schoß der letzte, der unbehendeste der Burschen, an ihnen vorüber, ärgerlich lachend den Kameraden „Halt's aus! Halt's aus!" nachrufend.

Alle erhoben sich. Der Wirt behielt für eine Weile die Kappe in der Hand, die Kellnerin knickste und glättete ihre Schürze, selbst die alte Martha stand auf ihrem Stock gestützt, sie mochte eben dem „reschen Neuen" keinen Anlaß zum Uebelnehmen geben.

Der Pfarrer dankte mit einem kurzen Kopfnicken. Einen scharfen Blick sandte er den Entflohenen nach, dann wandte er sich an den Bürgermeister: „Also das sind Eure Bursche? Von der Unmanierlichkeit will ich absehen, aber diese Eile, ihrem Seelsorger aus dem Gesichte zu kommen, deutet auf schlechte Gewissen und üble Aufführung. Sind sie alle so?"

Der Bürgermeister versuchte es, eine sorgenvolle Miene anzunehmen. „Es sein wenig anders," sagte er. „Wär' eh' nit die Halbscheid von sö in der Kirchen z' sehen g'wesen, hätt' s' nit die Neugier h'neingetrieben, weil halt heut Euer Hochwürden erste Predigt war."

„Auch das Kommen und Gehen der Leute hierorts gefällt mir nicht. Da tritt der eine verspätet ein, und der andere verliert sich mitten unter der heiligen Handlung. Ich sehe das sehr ungerne und werde es abstellen."

„Schon recht, schon recht," pfnacherte der Bürgermeister bei. „Das ist alles so eing'rissen unterm Frühern, der hat derlei gar nit bered't; im Gegenteil, sein Wort war, wer nit freiwillig käm', der bleiber g'scheiter weg."

Der Pfarrer runzelte die Stirn.

„Ja, und alles is überhaps (übereilt, schlenderisch) genommen worden," fuhr der Bürgermeister fort. „Meßlesen überhaps, Beichthören überhaps, Predigen und Bußgäng', alles halt überhaps. Na, und der alte Kaplan, der hat dabei gar nit zählt, der war nur froh, wann er mit sein' Fliegnnetz hat recht fleißig herumsteigen können. Is a seltsamer Herr, mit all'm G'würm und Viehwerk, was sechs Füß' und Flügel hat, is er auf meil'nweit bekannt, ordentliche Freithöf' — Gott verzeih' mer die Sünd', — hat er daheim fürs Ungiefer eing'richt', da sein s' der Reih' nach auf Nadeln aufgespießt, und wie große Herren haben s' a lateinische Grabschrift drunter stehn."

„Ich weiß," sagte der Pfarrer, „er ist ein leidenschaftlicher Entomolog."

„Ja, ja, so einer is er, wie Euer Hochwürden sagen, ein leidenschaftlicher Entenmoloch. Gar kein' Zeit hat er übrig b'halten, daß er sich um was Rechts hätt' annehmen können. Ei wohl, durch die zwei sind wir dahin kommen, wo wir jetzt stehen. Hochwürden werden schwere Müh' hab'n, dös all's wieder auf gleich z' bringen."

„Die scheue ich nicht, und mit Gottes Hilfe will ich's bald dahin gebracht haben, daß ihm hier am Ort und unter meiner Seelsorge eine der eifrigsten und frömmsten Gemeinden im Lande dienen soll."

„Ei wohl, da ist mir nicht bang, wir werden's schon machen."

„Wir?" fragte der Pfarrer und sah den Vierschrötigen mit großen Augen an.

Dessen Nase zeigte sich mit einmal kupferig wie die eines Weinsäufers; das war seine Art zu erröten. „Bewahr," stotterte er, „nit im Traum, daß ich dran denk', mich mit Hochwürden auf ein Staffel zu stell'n, dös wär' doch aus der Weis'; ich wollt' nur sagen, wir werden schon tun, was Hochwürden anschaffen, wir werden schon sorgen, daß in allem gehorsamt wird, wir, was mer die Ersten von der G'meind' sein."

„Das erwarte ich auch," sagte, sich hoch aufrichtend und im Kreise um sich blickend, der Pfarrer, „denn ich verlange, daß jedem einzelnen wie der Gemeinde die Religion über alles geht, ohne die ja doch das ganze Leben nur ein wüstes Durcheinander wär', in dem sich keiner auskennen möcht'; sie allein gibt uns durch ihre Offenbarung ein klares Bild vom Zweck der Schöpfung und Bestimmung des Menschen, und zwar von Erschaffung der Welt an bis zum jüngsten Tag, und nun weiß sich ein jeder aus, wozu eigentlich er und alles andere auf Erden ist. Und wenn wir die Obrigkeit fragen, warum wir ihr gehorchen sollen, muß sie sich nicht auch auf die Religion berufen, die uns lehrt, daß die Oberen von Gott eingesetzt sind? Darum gehört auch geistlich' Regiment über das weltliche, und die Mächtigen sollten sich wohl hüten, ruhig zuzusehen, wie man täglich mehr und mehr Gott und die Vorsehung hinwegzuleugnen versucht, wär man erst mit dem Herrn im Himmel und den göttlichen Einrichtungen fertig, dann würde man hinterher mit den Herren auf Erden und den irdischen Einrichtungen wenig Umstände machen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210311-16/fragment/page=0002

Le Rond übertrumpft.

Wir berichteten gestern über das Verbot der Einreise zur internationalen Gewerkschaftskommission, bestehend aus dem Genossen Fimmen, dem englischen Trader-Unions-Führer und Abgeordneten Poulton, dem Vorsitzenden des französischen Gewerkschaftsbundes Genossen Jouhaux und dem Genossen Wissell, Deutschland, durch Le Rond. Der Polizeibeauftragte der Entente ist nun einer deutschen Behörde übertrumpft worden. Als die Delegation gestern nach Berlin zurückkehrte, ist sie von einem, jedenfalls deutschpolitischen Ueberwachungsbeamten, verhaftet. Der „Vorwärts" berichtet darüber:

Genosse Wissell, der im Südosten wohnt, stieg am Schlesischen Bahnhof aus, die übrigen Genossen fuhren nach dem Bahnhof Friedrichstraße weiter. Beim Aussteigen bemerkte der polnische Genosse Teller, daß er seine Aktentasche in einem Nebenabteil hatte liegen lassen.

Als er diese seine Mappe fand und wieder zu sich nehmen wollte, erklärte ein uniformierter Ueberwachungsbeamter der Eisenbahn die Mappe für konfisziert und ihren Inhaber für verhaftet. Nacheinander wurden sämtliche anderen ausländischen Genossen, die sich beim Genossen Teller danach erkundigten, was denn los sei, ebenfalls für verhaftet erklärt. Als diese Genossen sich legitimierten, gab der intelligente Beamte die Antwort: Der deutsche Michel muß wieder einmal wach werden!

Sodann wurden die Verhafteten nach der Bahnhofswache Friedrichstraße gebracht, wo sie trotz neuerlicher Vorzeigung ihrer Ausweise nicht freigelassen wurden, sondern in Autos unter Bedeckung von Schutzpolizisten nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden. Am Polizeipräsidium wurden sie zuerst zur Kriminalabteilung geführt, wo zuerst der Genosse Teller eine halbe Stunde lang verhört wurde, den übrigen Genossen wurde in der Zwischenzeit sehr barsch verboten, sich miteinander zu unterhalten. Schließlich erklärte sich die Kriminalabteilung für nicht kompetent und führte die Verhafteten nach der politischen Abteilung 1a. Dort wurden sie im Gegensatz außerordentlich entgegenkommend und höflich behandelt. Der Kommissar setzte sich sofort telephonisch mit dem Genossen Wissell in Verbindung, und nach wenigen Minuten wurden sie wieder entlassen.

Der deutschnationale Beamte, der so typisch deutsche Interessen geschädigt und durch seine Handlung den Eindruck des Einreiseverbotes von Le Rond verwischt hat, sollte zur Verantwortung gezogen werden.

Die Schuld am Kriege.

Nach allen Diskussionen der letzten Jahre beschäftigte sich nun auch der zur „Klärung der Schuldfrage" eingesetzte Untersuchungsausschuß des Reichstages unter Einschränkung der Akten verschiedener beteiligter Mächte mit den Vorgängen, die in ihren Auswirkungen den Weltkrieg bedeuteten. Der Ausschuß gibt viele entschuldigende Erklärungen zur österreichisch-ungarischen und deutschen Mobilmachung. Tatsächlich ist uns ja auch zeitlich, der Reihenfolge der Mobilmachungsanordnungen nach, nichts anzuhaben, wie das auch der frühere Ministerialdirektor Demartial, ein Mitglied der Clarté, dem alles kompetente Material zur Verfügung stand, nichts anzuhaben [illegible]. Aber wir müssen über das hohle Formelle die tatsächmäßigen Einreihungen hinauskämmen, wenn wir in dieser Frage zur Wahrheit dringen wollen. Und sobald wir tiefer schürfen, stoßen wir auf Machinationen Wilhelms II. (Potsdamer Verschwörung), der deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomatie, die mit zu dem Ausbruch des Krieges in hohem Maße beigetragen haben.

Bericht über London.

Im Ausschuß des Reichstages für die Auswärtigen Angelegenheiten erstattete am Donnerstag nachmittag unter Anwesenheit des ganzen Reichskabinetts usw. Minister Dr. Simons ausführlichen Bericht über die Londoner Konferenz. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Reichskommissariat für Kriegsschäden.

Berlin, 10. März. Entsprechend einem im Reichstag bei der Beratung der Kriegsschädengesetze geäußerten Wunsche hat das Reichsministerium für Wiederaufbau beim Reichskommissariat für Auslandsschäden in Berlin-Zehlendorf, Am Urban, eine Zentralauskunftsstelle für Kriegsschäden eingerichtet, die den Geschädigten auf dem Gebiet des Entschädigungswesens, wie es sich aus den zahlreichen im Reichsgesetzblatt und Reichsanzeiger verstreuten Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien, betreffend die Gewährung von Entschädigungen für Kriegsschäden, — vom Feststellungsgesetz für Kriegsschäden im Reichsgebiet vom 3. 7. 1916 angefangen — ergibt, Auskunft geben soll.

Entsprechende Anfragen sind an die Zentralauskunftsstelle für Kriegsschäden in Berlin-Zehlendorf, Am Urban, zu richten.

Heimkehr aus Sibirien.

Am 2. März hat der Dampfer Gujarat mit 523 reichsdeutschen Kriegsgefangenen Wladiwostok verlassen. Er fährt über Schanghai, Sabang, Colombo, Port Said nach Triest, wo er in den ersten Apriltagen eintreffen wird. Von Triest aus werden die Heimkehrer auf dem Landwege nach Lechfeld in Bayern übergeführt und nach zwei- bis dreitägigem Aufenthalt in diesem Lager in die Heimat entlassen.

Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis auf einzelne Versprengte von deutschen Kriegsgefangenen geräumt und die Aufgabe des deutschen Bevollmächtigten in Wladiwostok, Herrn Gustav Gerber, damit restlos erfüllt. Die Deutsche Kommission kehrt im Laufe des März gleichfalls nach Deutschland zurück. Ihren Mitgliedern, insbesondere ihrem tatkräftigen Leiter gebührt der uneingeschränkte Dank des Vaterlandes für die unter den schwierigsten Verhältnissen durchgeführte Evakuation Ost- und Mittelsibiriens von deutschen Kriegsgefangenen.

Der Militarismus in Polen.

Breslau, 10. März. Die Schlesische Volkszeitung meldet aus Warschau: Der Kriegsminister stimmte der Errichtung von 17 neuen Garnisonen in Polen zu. 14 befinden sich in der unmittelbaren Nähe der oberschlesischen Grenze.

Kritisches über London.

Die Londoner Konferenz ist vorüber. Sie hat das Ende gefunden, das zu erwarten war: für Deutschland resultatlosen Abbruch und sofortige Anwendung der angedrohten Zwangsmaßnahmen durch den Feindbund. Vielleicht werden weite Volkskreise nicht damit einverstanden sein, wie die deutsche Regierung diese verantwortungsvolle Aufgabe, die sie in London vor sich hatte, erfüllt hat. Es wäre Aufgabe der deutschen Delegation gewesen, in den Vordergrund der Verhandlungen die Wiederherstellung der Weltwirtschaft und den reparationslosen Warenaustausch zu stellen, sowie in enger Verbindung damit die Sanierung des Kurses der deutschen Mark, namentlich die Steigerung desselben. Erst auf diese soliden Grundlagen hin konnte eine endgültige Festsetzung der Wiedergutmachungssumme erfolgen.

Warum ist dieser Versuch in London nicht gemacht worden? Warum ist nur immer direkt um die Höhe der Entschädigungssumme gefeilscht worden, aber niemals das Problem von der anderen Seite her in Angriff genommen worden? Das liegt an der Zusammensetzung der Delegation. Es haben hauptsächlich die Interessentreise den maßgebendsten Einfluß ausgeübt, denen auf Grund ihrer privaten Geschäftsinteressen an einer Steigerung des Markkurses nicht viel gelegen war. Zweifellos war das Großkapital und die Schwerindustrie sehr stark vertreten. Ihre Ausfuhrpolitik beruht auf dem niedrigen Kursstand der Mark. Dasselbe sehen wir bei der Kohlen-, Kali- und Zuckerindustrie. Deren wahnsinnige Preispolitik basiert auch nur auf unserer schlechten Valuta. Unsere ganze Wirtschaftspolitik hat zwei Gegensätze gezeitigt, auf der einen Seite das Großkapital, die Börse, die großen Industrien mit ihren Neugründungen und Kapitalserhöhungen, auf der anderen Seite dagegen die große Masse des Volkes, die nur Interesse hat, die Mark zu steigern, damit ausländische Rohprodukte leichter bezogen werden können und dem Volke Arbeitsgelegenheit verschaffen. Die jetzige bürgerliche Reichsregierung hat aber alles getan, um diese privaten Kapitalankäufungen möglich zu machen, so daß die großen direkten Steuern, Reichsnotopfer, Vermögenszuwachs sich ausnehmen wie Verzinsungen von diesem frischen Guthaben dieser Großkapitalisten. Die Ausbeuten und Dividenden in der Kali-, Kohlen- und Zuckerindustrie sind derartig, daß schon längst diese Industrien unter Staatsaufsicht gestellt werden mußten. Es ist ein Unding, wenn auf Kosten der Masse des Volkes die hohen Dividenden herausgequetscht werden. Die Interessen des privaten Kapitals haben hinter den Staatsinteressen zurückzustehen. Da hat die Regierung die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einzugreifen. Ist es nicht bezeichnend, daß der ausländische Kali und Zucker billiger ist als inländischer?

Und Vertreter dieser Schichten sendet man nach London. So ist es dann auch erklärlich, daß man dort das Problem gar nicht von der anderen Seite zu fassen versuchte, daß man nur blind um die Höhe der Summen feilschte. Aus dem Verlauf dieser für unser Volk so schwerwiegenden Angelegenheit sollten wir alle den Schluß ziehen, daß Vertreter des Großkapitals nicht geeignet sind, unsere wirtschaftlichen Interessen gegen den Feindbund zu vertreten. Die Folgen der Sanktionen haben allein die Konsumenten zu tragen. Das Großkapital wird nicht geschädigt.

August Kerkau.

Pariser Ersatzwahl.

Am 27. Februar hat in einem der drei Pariser Wahlkreise eine außerordentlich wichtige Ersatzwahl stattgefunden, die erste in der französischen Hauptstadt seit den allgemeinen Wahlen vom November 1919. Die Bedeutung dieser Volksbefragung war dadurch erhöht, daß es sich um den durch die Ernennung Millerands zum Präsidenten der Republik frei gewordenen Parlamentssitz handelte. Ferner war in demselben Wahlkreis ein zweiter Sitz durch den Tod des Dissidenten („Sozialisten"-Richtung Rozier Aubriot) Lauche freigeworden. Vier Listen von je zwei Kandidaten standen sich gegenüber: die Kandidaten des Nationalen Blocks waren der klerikale Vorsitzende der Pariser Stadtverordnetenversammlung Le Corbeiller und ein ehemaliger fanatischer kirchenfeindlicher Radikaler namens Bonnet. Die der Dissidenten waren zwei frühere sozialistische Abgeordnete, Desgrange und Jean Bon. Die Kandidaten der Kommunisten waren die gegenwärtig unter der Anklage eines „Komplotts gegen die Sicherheit des Staates" eingekerkerten Loriot und Souvarine. Schließlich die Kandidaten der Sozialisten (Longuetisten) waren Maurin und Mauranges.

Diese Wahl sollte nicht nur Gelegenheit geben, den Stimmungsumschwung der Pariser Wähler im Wahlkreise Millerands seit 1919 festzustellen, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten von der Richtung Longuet-Renaudel zum ersten Male seit der Spaltung von Tours zu messen. Das letztere ist allerdings kaum möglich gewesen, da die kommunistischen Kandidaturen einen ausgesprochenen Protestcharakter gegen die Regierungsmißwirtschaft trugen, und da die Führer der Sozialisten, Guesde, Longuet und sogar Renaudel, sich ursprünglich gegen die Aufstellung von eigenen Kandidaten mit den Worten ausgesprochen hatten: „Man kandidiert nicht gegen Eingekerkerte!" Daß die Funktionäre der sozialistischen Organisation sich dennoch und mit sehr schwacher Mehrheit für die Aufstellung von eigenen Kandidaten aussprachen, war ein nicht sehr glücklicher Beschluß. Die bürgerlichen Radikalen hatten ihr Mitglied Bonnet desavouiert und unter Verzicht auf eigene Kandidaten ihren Anhängern empfohlen, für die beiden Dissidenten zu stimmen.

Das Ergebnis der Wahl, das von keiner Nachrichtenagentur bisher richtig gemeldet worden ist, und das wir daher aus den vorliegenden Pariser Zeitungen vom Montag entnehmen, war das folgende:

Nationaler Block	47 000 Stimmen
Kommunisten	33 000 „
Sozialisten	18 000 „
Dissidenten	20 500 „

Es findet daher am kommenden Sonntag eine Stichwahl zwischen Nationalem Block und Kommunisten statt auf deren Ausgang ganz Frankreich mit großer Spannung wartet. Die Sozialisten heben sich zugunsten der Kommunisten zurückgezogen, die Dissidenten haben zwar die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben, die aber vielfach nicht befolgt werden wird. Selbst linksbürgerliche Blätter fordern die Wähler auf, für die Kommunisten zu stimmen, um jedenfalls die Niederlage des Nationalen Blocks herbeizuführen.

Gegenüber den Novemberwahlen von 1919 hat der Nationale Block im Wahlkreis seines eigentlichen Schöpfers, des jetzigen Präsidenten Millerand, mehr als 25 000 Stimmen verloren. Sozialisten und Kommunisten zusammengerechnet haben ihre damaligen Stimmenziffern ungefähr behauptet, ebenso die Dissidenten, die allerdings diesmal die Unterstützung der Radikalen genossen, die 1919 5000 Stimmen auf eigene Kandidaten gesammelt hatten. Da am gleichen Tage das Ergebnis einer Stichwahl in Hochsavoyen der Verlust eines Mandates durch den Nationalen Block zugunsten der Radikalen war, so zeigt dies, daß sich der politische Umschwung in Frankreich im Sinne einer vernünftigeren, weniger chauvinistischen und reaktionären Betrachtung der innen- und außenpolitischen Probleme in der Tat vollzieht.

Neu eingetroffen!!

Für
Frühjahr
und
Sommer
1921 1921

Ein großer Posten

Damen-Strohhüte

zu äußersten Fabrikpreisen.

Bast-Hüte . . . . . von 12.50 an
Tagal- u. Litzenhüte . . von 35.00 an
Elegante Seidenhüte . . von 85.00 an

50 neueste Sommer-**Umpreßformen** für Damenhüte

Herrenhüte werd. jederz. gereinigt u. auf mod. Formen **umgepreßt.**
Billigste Berechnung! Schnellste Lieferung!

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Phil. Högl

nur
21 Kleine Ulrichstr. 21

Lohnender Nebenerwerb!
Wichtig für jede Rauchers- u. Fabrikstadtne!

Von meinem Tabaksteuerlager liefere ich

Ia. Qualitäts-Zigarren

von 100 Stück an franko Nachnahme:

100 Stück	60 Pfg. Zigarren	für	52 Mk.
100 Stück	70 Pfg. Zigarren	für	60 Mk.
100 Stück	80 Pfg. Zigarren	für	68 Mk.
100 Stück	90 Pfg. Zigarren	für	76 Mk.
100 Stück	100 Pfg. Zigarren	für	85 Mk.
100 Stück	120 Pfg. Zigarren	für	100 Mk.
100 Stück	150 Pfg. Zigarren	für	125 Mk.

Zigaretten, sämtliche Marken mit 15% Rabatt

Vertreter gesucht.

Max Mackaus,
Bad Schmiedeberg (Bezirk Halle).

Die Oster-Messe
ist die beste und billigste
Einkaufsgelegenheit
im
Gelegenheits - Kaufhaus,
Schmeerstrasse 5, I Treppe.

Städtisches
Solbad Wittekind
Die Badeanstalt bleibt wegen Kesselreinigung vom 14. bis einschl. 31. März geschlossen.

Elegante
Damentaschen
aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann.
Leder-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19.

Apollo-Theater
Tägl. 7½!
Nur noch
wenige Male:
Scheidungsreise
Riesenerfolg!

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 12. März.
Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht
Sonntag nachm.:
Als ich noch im Flügelkleide
Sonntag abend:
Der Freischütz.

Ia Tafel-Butter-Ersatz 9.20
(Margarine) 1 Pfund nur Mk.

Gutschmeckender
Tilsiter Käse 7.00
1 Pfund nur Mk.

Delikat schmeckender
Schachtel-Käse 2.00
— wie Butter —
1 Schachtel ca. 200 Gramm

Prima geräucherte
Delikatess-Leberwurst 14.00
1 Pfund nur Mk.

Ia. Mettwurst 16.00
langer Darm, 1 Pfd. nur Mk.

Beide Sorten Wurst sollten infolge des ganz vorzüglichen Geschmackes auf keiner feinen Tafel fehlen.

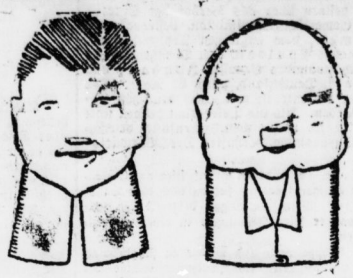
Wer probt lobt!

Kostproben erhalten Sie in meinen sämtlichen Filialen gern gratis vera reicht damit Sie die Qualität un edingt kennen lernen.

Allerfeinster kerniger
fetter Speck
ganz vorzüglich zum Auslassen, da vornehmer, reiner Geschmack 11.80
1 Pfund nur Mk.
täglich frisch geräuchert
aus eigener Räucherei 13.00
1 Pfund nur Mk.

Eine feinere Qualität gibt es nicht!
Prima **Rotkohl** Pfund 120 Mk

Albert Knäusel.



Sonder-Angebot
HERREN-WÄSCHE.

Herren-Einsatzhemd	Ia Ripseinsatz, makkofarbige amerikanische Baumwolle in allen Grössen . . . . Mk.	39.50
Herren-Oberhemd	Zephir oder Perkal, fein gestreift, mit Umlegemanschetten . . . . . Mk.	69.00

Wir garantieren

für Echtheit in der Wäsche und für tadellosen Sitz unserer selbstfabrizierten Herren-Oberhemden

Garantie-Oberhemd	Sportform, mit weichen Manschetten, in hellen Mustern, Ia Perkal . . . . Mk.	88.00
Garantie-Oberhemd	bester Perkal, feste Manschetten in hellen kleinen Mustern und Streifen . . . Mk.	98.00
Garantie-Oberhemd	wie oben mit passenden Kragen . . Mk.	108.00
Garantie-Oberhemd	aus weißem, haltbaren starken Hemdentuch, feste Manschetten, Ripseinsatz Mk.	89.00

Jedes unserer Garantie-Oberhemden, welches nicht den obigen Anforderungen entspricht, wird anstandslos umgetauscht.

Herren-Kragen	mit breiter Ecke, 4fach . . . Mk. 7.75	Rips-Kragen	mit Knopfleiste . . . . . Mk. 5.75
Herren-Kragen	Stehumlegeform, mit spitzer Ecke, 4fach Mk. 11.25	Herren-Socken	6 Farben, verstärkte Hacke und Spitze Mk. 6.75

T. Wnuk am Markt

ROLLMOPS
DIE 25 PFG.
CIGARETTE
MITTELDEUTSCHE ZIGARETTEN- UND TABAKFABRIK HALLE a/S

B. B. B.
Beth's Bunte Bühne
Erstes Kabarett am Platze.

Das allabendlich ausverkaufte Haus ist der beste Beweis für die Güte des

März-Spielplans

Tanzkontroller, Tanzblumen und Tanzbänder, Garderoben- und Eintrittsblocks empfiehlt
Paul Lange.
Merseburger Straße 168, neben Apollotheater.

Minlos Waschpulver

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich, wo nicht, wende man sich an
L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld,
oder unseren Vertreter
E. Mühlenhaupt, Leipzig, Hohenzollernstr. 2.
Fernsprecher 8576.

Ein wirklich
Selten günstiges Angebot!!!
ca. 600 Stück
Herren-Hemden
mit wunderschönen

Perkal- u. Rips-Einsätzen	von 44.75
Mikko-Hemd u. Normal-Hemden	39.75
Dam.-Hemd. gute Qual. m. Stick. u.	26.75
Dam.-Reinkleid. e. Qual. mit Stick.	39.75
Untertaillen mit reichhalt. Stick. u.	12.75
Kinderhemden in Lein. u. Batist. von	16.75
Dam.-, Herr.- u. Kind.-Strümpfe u.	9.75

in allen Farben sowie 100 andere Artikel zu wirklich billigen Preisen. Kommen Sie und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit und Sie bleiben
ein ständ. Kunde.
Motto:
Großer Umsatz Kleiner Nutzen!
Wäsche- u. Wollw.-Lager.
Gr. Ulrichstr. 25.
Ecke Jägergasse.
Beachten Sie unser Schaufenster neben Beiße bunte Küche.

Zur Einsegnung
bringe ich mein großes Lager in
Gold- und Silberwaren
in empfehlende Erinnerung.
Alexander Peto, Juwelier,
vormals W. Hempel,
Halle (Saale), Leipziger Straße 83
am Roten Turm — Fernruf 2269.

Trau-Ringe
massiv Gold
verkauft zu staunend billigen Preisen
H. Lerner,
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Gr. Steinstraße 83.

Schülermützen
in 8 Farben von 23 Mk. an empfiehlt
J. Feige,
Große Klausstraße 34.

Am besten und billigsten kaufen Sie
Ihre Frühjahrsneuheiten in
Herren- und Knaben-Bekleidung,
sowie **Berufskleidung**
zu niedrigen Preisen, noch billiger als bisher.
Größerer Posten in **Leder-, Stoff-, gestreiften, Manchester- und Pilot-Hosen**
sind wieder eingetroffen und staunend billig zu haben bei
Moritz Rosenthal, Leipz.-Str. 1.
im alten Rathause.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192103l0-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Referentenvereinigung. Freitag abend 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Zusammenkunft. Tagesordnung: Entgegennahme eines instruktiven Referats über die politische Lage.

Ausschuß für proletarische Kinderhilfe. Heute abend 1/27 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Sitzung.

Jungsozialisten. Montag abend, pünktlich 8 Uhr, Zusammenkunft in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. 1. Vortrag und Diskussion. 2. Das Programm der Propagandaveranstaltung. Gäste können eingeführt werden.

Verein Arbeiter-Jugend. Freitag abend 7 Uhr im Mozartheim Fachvortrag eines Jugendgenossen.

Freier Sängerchor. Freitag abend findet die Singestunde nicht um 8 Uhr, sondern um 7 Uhr statt.

Einen Ausflug nach Peißen veranstalten am Sonntag die Parteigenossen aus dem Ostviertel. Rege Beteiligung, auch aus anderen Bezirken der Stadt, ist erwünscht. Musik wird mitgeführt. In Peißen findet anschließend ein kleiner Tanz statt. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr an der großen Diemitzer Eisenbahnbrücke.

Die Lohnsteuer.

Von Wilhelm Keil.

Im Zusammenhang mit der dem Reichstag seit Ende Dezember vorliegenden Novelle zum Einkommensteuergesetz, die nun endlich verabschiedet werden soll, wird voraussichtlich auch die Entscheidung über die Umwandlung des Steuerabzugs in eine förmliche Lohnsteuer getroffen werden. Der schon vor einigen Wochen von der Reichsfinanzverwaltung entwickelte Plan, die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen zu vereinfachen, ist jetzt von den Regierungsparteien zu einem dem Steuerausschuß des Reichstags vorgelegten Antrag ausgearbeitet worden.

Nach dem geltenden Recht unterliegt das Lohn- und Gehaltseinkommen genau wie jedes andere Einkommen der Veranlagung. Der Arbeiter und der Beamte muß, wie jeder andere Steuerpflichtige, am Schluß des Steuerjahres eine Erklärung über die Höhe seines Einkommens und der gesetzlich zulässigen Abzüge abgeben. Die Steuerbehörde prüft diese Erklärung nach, vergleicht sie mit der vom Arbeitgeber eingeforderten Lohn- oder Gehaltsliste, berechnet die Steuer nach dem Tarif, der für die ersten tausend Mark steuerpflichtigen Einkommens 10 Prozent, für jede weitere 1000 Mk. 1 Prozent mehr (mit verlangsamter Steigerung von 15 000 Mark an) vorsieht, und stellt dem Steuerpflichtigen den Steueranforderungszettel zu. Der steuerpflichtige Arbeiter oder Beamte läßt sich, wenn er die Steuer zahlt, auf Grund der geklebten Steuermarken oder der vom Arbeitgeber ausgestellten Quittung, die bereits abgezogenen Beträge anrechnen. Sind diese Beträge höher als die Steuerschuld, so hat er Anspruch auf Zurückerstattung der zuviel abgezogenen Summe, sind sie niedriger, so muß er den Fehlbetrag nachzahlen.

So steht's im Einkommensteuergesetz. Praktisch erprobt sind freilich diese Bestimmungen noch nicht. Man ist sich aber klar darüber, daß jeder Versuch, sie wörtlich durchzuführen, scheitern würde an der Unmöglichkeit, den erheblichen Fehlbetrag, der sich bei der großen Mehrzahl der Arbeiter und Beamten ergeben würde, einzutreiben. Waren die Steuersätze für die kleinen Einkommen schon zur Zeit der Beratung des Gesetzes übermäßig hoch, so sind sie durch die inzwischen eingetretene weitere Anschwellung der Lohn- und Gehaltsbezüge (mit geringerer Kaufkraft!) völlig unerträglich geworden, und die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist völlig außerstande, größere Restbeträge nachzuzahlen.

Einmal aus diesem Grunde, zum anderen auch um die Steuerbehörden von einem großen Teil des Veranlagungsgeschäfts zu befreien, soll nun die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen so gestaltet werden, daß bis zur Einkommensgrenze von 24 000 Mk. die ganze Steuerpflicht durch den Abzug als gedeckt gilt. Der Steuersatz soll für alle Einkommen bis 24 000 Mk. gleichmäßig 10 Proz. betragen, die progressive Steigerung soll erst von diesem Einkommen an aufwärts in großen Stufen rasch ansteigen, um bei Einkommen von 100 000 Mk. an nahezu wieder dieselbe Wirkung zu erreichen wie der Tarif des geltenden Gesetzes.

An die Stelle des sogenannten steuerfreien Einkommensteils von 1500 Mk. für den Steuerpflichtigen selbst und 500 Mark für jeden Haushaltsangehörigen soll ein Abzug von 120 Mk. an der Steuer für den Steuerpflichtigen und jeden Haushaltsangehörigen treten. Die Erfüllung der Steuerpflicht soll geschehen durch den 10 proz. Abzug am Lohn oder Gehalt. Dabei sollen im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen je 4 Mk. täglich, in Falle der Berechnung nach Wochen je 24 Mk. wöchentlich, im Falle der Berechnung nach Monaten je 100 Mk. monatlich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende nicht selbst steuerpflichtige Person vom Abzug frei bleiben. Das entspricht dem Abzug von 120 Mark pro Kopf an der Steuer. Jede Veranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen von weniger als 24 000 Mk. soll unterbleiben, wenn der Steuerpflichtige nicht zugleich Einkommen aus anderen Quellen in nennenswerter Höhe hat. Die Steuerbehörde wird entlastet von dieser großen Arbeit. Nachforderungen an die Lohn- und Gehaltsempfänger sind ausgeschlossen.

Gegenstandslos würde auch die Besteuerung des steuerfreien Einkommensteils, die den Gemeinden überlassen ist. Die hierfür bereits getroffenen landesgesetzlichen Vorschriften und gefaßten Gemeindebeschlüsse wären wieder aufzuheben, den Gemeinden aber müßte ein Ersatz für die ihnen entgehende Einnahme vom Reich gewährt werden.

Die Wirkung des neuen Vorschlags ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Steuerlast nach dem geltenden Gesetz und dem neuen Vorschlag.

Steuerbares Einkommen	Junggeselle		Verheirateter Steuerpflichtiger mit 3 Kindern		5 Kindern	
	Gesetz	Vorschlag	Gesetz	Vorschlag	Gesetz	Vorschlag
10 000 Mk.	1 170	880	735	400	400	40
15 000 „	2 115	1 380	1 455	900	1 450	540
20 000 „	3 440	1 880	2 925	1 4 0	2 550	1 040
5 000 „	4 815	2 480	4 250	2 000	3 840	1 640
50 000 „	13 060	9 9:0	12 340	9 500	11 800	9 140
100 000 „	33 625	32 480	32 725	32 000	32 050	31 640

Die Entlastung, die hiernach für die kleinen Einkommen eintritt, kann uns nicht genügen. Merkwürdigerweise sind bei den Vorschlägen der Regierungsparteien die nach dem geltenden Gesetz zulässigen Abzüge für Versicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Kosten der Fahrt zur Arbeitsstätte usw. völlig verschwunden. Da beim Wegfall einer persönlichen Veranlagung die Höhe dieser Abzüge beim einzelnen Steuerpflichtigen nicht festgestellt werden kann, muß ein gleichmäßiger Abzug als Ersatz dafür gewährt werden, der nicht kleiner als 1000 Mk. gleich 100 Mk. Steuerbetrag sein darf. Außerdem muß ein größerer Abzug als 120 Mk. für die Haushaltsangehörigen gefordert werden.

Kommt die neue Regelung zustande, so wird sie mit Rückwirkung für das Jahr 1920 in Kraft treten. Das bedeutet, daß die nur im zweiten Teil des Jahres 1920 gemachten Abzüge die Steuerschuld im großen und ganzen decken, zum Teil sogar Ueberschüsse ergeben, die auf das Jahr 1921 anzurechnen wären. Somit noch Fehlbeträge bleiben, müßten sie niedergeschlagen werden.

*

Berlin, 11. März. Der Steuerausschuß des Reichstages nahm gestern nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Linken die folgenden Anträge an: Die Einkommensteuer beträgt: für die ersten angefangenen oder vollen 24 000 Mark des steuerbaren Einkommens 10 v. H., für weitere 6000 Mk. 20 v. H., für weitere 5000 Mk. 25 v. H., für weitere 5000 Mk. 30 v. H., für weitere 5000 Mk. 35 v. H., für weitere 5000 Mk. 40 v. H., für weitere 70 000 Mk. 45 v. H., für weitere 30 000 Mark 50 v. H., für weitere 200 000 Mk. 55 v. H., für weitere Beträge 60 v. H. Die Einkommensteuer ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und jede zu seinem Haushalt zählende Person um je 1200 Mark. Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern hat der Abzug bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für je 4 Mark täglich, bei dessen Berechnung nach Monaten für je 100 Mark monatlich zu unterbleiben.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 11. März 1921.

Im Grundeigentums-Ausschuß

wurde gestern die Angelegenheit, ob der Vertrag mit der Firma Lewin, die im Stadthause mehrere Laden gemietet und der am 30. März 1922 abläuft, erneuert werden soll. Der Magistrat hat bekanntlich beschlossen, den Vertrag nicht zu erneuern, indem beabsichtigt wird, das gesamte Kassenwesen der Stadt zu zentralisieren, wozu genannte Räume gebraucht werden. Im Ausschuß wurde allgemein die Absicht des Magistrats mit Freuden begrüßt. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur darüber, ob die Firma im Stande sei, in einem Jahre, ohne großen wirtschaftlichen Schaden, ihren Betrieb umzustellen. Es wurde stark betont, daß die Firma Lewin bislang äußerst vorteilhaft gemietet hatte und daß so außerordentlich leistungsfähige Firmen, da sie es nicht freiwillig tun, gezwungen werden müssen der großen Raumnot abzuhelfen. Beschlossen wurde, der gesetzlichen Vorschrift entsprechend, den Abschluß des Vertrages bei dem Mieteinigungsamt zu beantragen und genehmigen zu lassen.

Ein anderer Antrag, der darauf hinausliefe, mit der Firma zu verhandeln und den Vertrag endgültig gegen eine erheblich höhere Miete um ein Jahr zu verlängern, wurde abgelehnt. Allgemein war die Ansicht vorherrschend, daß, wenn zur Umstellung des Geschäfts die Zeit von einem Jahr zu kurz sein sollte, man immer noch eine entsprechende Fristverlängerung gewähren könne in der das weiteste Entgegenkommen gewährleistet wird.

52 Straßenbahner zur Christlichen Gewerkschaft abgewandert.

Die Deutschnationalen hatten eine Mitgliederversammlung. Wir könnten an dem Bericht darüber vorbeigehen, wenn er nicht einige Sätze enthielte, die auch unser Interesse herausfordern. Daß sich die Deutschnationalen über ihren Wahlausfall freuen, ist ihre Sache. In dem Versammlungsbericht wird aber noch gesagt: „Ein erheblicher Teil des Stimmenzuwachses bei den letzten Wahlen stammt aus den Reihen der Sozialisten." Sozialisten waren es natürlich nicht und sind es auch niemals gewesen, die bei der Preußenwahl zur Kaiserpartei überliefen. Wir bestreiten jedoch nicht, daß viele Wählerinnen und Wähler der linksextremen Partei, die zur Zeit des Hyperradikalismus Mitläufer derselben wurden, nunmehr zum entgegengesetzten Extrem zurückgekehrt sind. Das sind letzten Endes nur die Früchte der kommunistischen „Erziehungsarbeit"; das sind die Folgen einer Agitationsmethode, die aus blinder Parteiwut alles in den Staub trat, was von Sozialdemokraten geleistet wurde und selbst nicht davor zurückschreckte, die Parole auszugeben: Lieber deutschnational als sozialdemokratisch. Nun, da diese Mitläufer den Phantomen der Kommunisten nicht mehr nachjagen wollen, schwenken sie zum andern Extrem. Sozialistische Gesinnung läßt sich eben nicht ektroyieren.

Doch in der deutschnationalen Mitgliederversammlung wurde noch eine andere Sache mit vielem Vergnügen konstatiert, die, wenn sie auf Tatsachen beruht, der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft manche Fragen stellt. „Rühmend hervorzuheben ist das Verhalten z. B. der Straßenbahner, von denen zu gleicher Zeit 52 zur Christlichen Gewerkschaft abwanderten." So heißt es noch in dem fraglichen Artikel der „Hallischen Ztg." — Die Straßenbahner galten immer in Halle als die Elitetruppe der Kommunisten, als ganz besonders radikal. Sollte sich die Abwanderung der 52 Straßenbahner von der freien Gewerkschaft bestätigen, so wird sich die Arbeiterschaft die Frage vorzulegen haben: Was hat die Veranlassung dazu? Es gehört nicht viel Weisheit und Scharfblick zur Beantwortung. Wer sich die „Gewerkschaftsarbeit" der kommunistischen Schreier vor Augen hält, die verantwortungslos gerade die Straßenbahner als wirkommene Objekte für ihre Zwecke benutzten (siehe Stern-Affäre), dem wird manches klar sein. Auch hier ist der Bogen überspannt worden. Die Führer der früheren Unabhängigen und jetzt gen Kommunisten haben mit dieser erst vor wenigen Jahren zu den freien Gewerkschaften gestoßenen Teil der Arbeiterschaft soviel halsbrecherische Manipulationen vorgenommen, daß eine Reaktion herauf gar nicht ausbleiben konnte. Wo blieb die Aufklärung der neugewonnenen Mitglieder? Man legte lediglich Wert auf Inzenierung unsinniger Aktionen. Wir wissen: nicht

Emil Rosenow.

zum fünfzigsten Geburtstage des Dichters.

Emil Rosenow, der Dichter des „Kater Lampe" und „Die im Schatten leben", wurde geboren am 9. März 1871 in Köln a. Rh. auf dem Blaubach. Seine Eltern, ein Schuhmachermeister und eine frühere Diakonissin, starben frühzeitig. Er besuchte die Volksschule und schrieb im jugendlichen Alter von 14 Jahren schon selbständig. Er verfaßte damals eine Erzählung „Ehre Vater und Mutter"; „Der Waldhofbauer" und „Jude und Christ", erstanden bis zu seinem 16. Lebensjahre. Dann machte er sich an einen Roman: „Die Ungerechtigkeiten des sozialen Lebens". Mit 16 Jahren gab er als alle niger Schriftleiter den „Kölner Humorist" heraus. Dann war er Lehrling im Schaffhausenschen Bankverein, um gleichzeitig tätig als Mitarbeiter der „Elberfelder freien Presse" zu sein. Da er mit 18 Jahren schon große öffentliche Versammlungen abhielt, wurde ihm seine inzwischen gut dotierte Stellung vor die Wahl gestellt. Entweder seine Volksvorträge mehr oder den Bankverein. Er wählte das erstere und schlug sich kümmerlich in einer Dachstube bei Wasser und Brot durch. Dann bewarb er sich um die Stellung eines Redakteurs am „Chemnitzer Beobachter", die er auch am 1. Mai 1892 annahm. Dort in Chemnitz konnte er seine Tätigkeit frei entfalten, er wurde zum Parteiredner. Volksversammlungen unter freiem Himmel zu 7000 Menschen waren nichts seltenes. Seine große Liebenswürdigkeit, seine hünische Gestalt, die wunderbaren blauen Augen, blonde Locken, und dazu die wunderschöne, rheinische, klare, sanbere Aussprache machten ihn bald zum Liebling aller. Da wurde er zum Reichstag aufgestellt und kam als Benjamin des Hauses 1898 mit einer geringen Mehrheit hinein. (20. Sächsischer Reichstagswahlkreis.) 1908 wurde er wiedergewählt. In Chemnitz hatte er in der Tochter eines Buchdruckereibesitzers, seines Verlegers, seine Frau gefunden. Seine schönste Zeit war ihm nun, wenn er im Sommer zur Wahlagitation zu seinen Erzgebirgern fuhr. Sie waren ihm ans Herz gewachsen. Und aus dieser Innigkeit heraus entstand später sein „Kater Lampe". Wer dieses Komödie gesehen hat, dem geht das Herz auf. Von vielen Kritikern wird sie nicht nur neben den „Biberpelz" gestellt, sondern über ihn. In Chemnitz mußte er auch dreimal hinter den Mauern zubringen. Bei Selbstbeschäftigung und Selbstbelösigung entstand dort sein Epos „Daheim", der von Professor Bartels-Weimar als Kunstwerk ersten Ranges hingestellt wurde. Noch hat ihn niemand aufgeführt. Er schrieb dann zwei Broschüren „100 000 Soldaten mehr" „Kapital und Judenfrage". Späterhin verfaßte er zwei Romane „Frühlingsstürme" und „Die Lüge". Dann folgten einzelne Dramen während seiner Tätigkeit in Chemnitz: „Der balzende Auerhahn", „Kater Lampe". Dann übersiedelte er nach Berlin, um ein Jahr später in Dortmund als Theaterdatteur anzufangen. Hier lernte er die „rote Erde" kennen; er fuhr mit einem andern Reichstagsabgeordneten, einem Bergwerksbesitzer, in den Schacht hinunter, und so entstand sein Drama „Die im Schatten leben". Nach einem Jahre redaktioneller Tätigkeit verließ er die Redaktion, weil er beides als nicht für vereinbarlich hielt. Im Reichstag in Berlin, in Dortmund auf seiner Redaktion und in seinem Wahlkreis tätig zu sein, das war ihm auf die Dauer nicht möglich. Hier in Berlin nun hatte er schwer zu kämpfen. Als freier Schriftsteller mußte er fast jeden Abend Versammlungen abhalten, um sein Leben mit Frau und Kind zu fristen. Hier war es auch, wo er fast jeden Abend große Versammlungen abhielt, wie in seinem Wahlkreise. Im Reichstag arbeitete er an der Fortsetzung des „Lehrs, Geschichte des preußischen Hofes", die er als Vehse rodivivus vollendete. Ferner gab er im „Vorwärts" ein Buch „Die Pfaffenherrschaft" heraus. Zwei Fragmente: „Die Hoffnung des Paganten", die Herm. Essig später vollendete, sowie „Prinz Friedrich", waren seine Hinterlassenschaft. Als endlich sein „Kater Lampe" das Licht der Rampen erblickte, legte er sich aufs Krankenlager. Ein schwerer Gelenkrheumatismus gab ihm den Todesstoß. Er starb am 7. Februar 1904 in Schöneberg bei Berlin, liegt auch dort auf dem Friedhof in der Marstraße begraben. Unter den Klängen des Liedes: „Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben" wurde er dort zu Grabe getragen, Frau und Tochter zurücklassend.

Sein „Kater Lampe" der erst bei Cotta erschienen war, ist jetzt wie auch sein von der Zensur verfolgtes, später aber aufgeführte Drama „Die im Schatten leben" im Verlage Kurt Wolff, Leipzig, zu haben. — Wir möchten nur wünschen, daß die deutschen Bühnen sich der Werke Emil Rosenows mehr als bisher annähmen.

Konzert in der Degenlage.

Einen hohen, künstlerischen Genuß bot am gestrigen Abend der berühmte Klaviervirtuose Pellegrino Lambrino der leider nicht allzureichen Zuhörerschar. Die vollendete Technik, die er im „Maskenrauschen" und in der „Rhapsodie Nr. 6" von Franz Liszt entwickelte, bewies seine bewundernswerte Virtuosität, und der tiefe, seelenvolle Vortrag der Schumannschen, „Phantasiestücke Op 12" und der Schubertschen „Soirée de Vieme" und „Moment musikal" offenbarten die gereifte Künstlerschaft. Der stürmische Beifall am Schluß rief den Künstler wohl einhalb Dutzend Mal auf das Podium, der aber eine Zugabe ablehnte. Nicht ganz so konnte die Sängerin Rose Johanni (Berlin) befriedigen. Die Stimme ist ohne Zweifel gut durchgebildet und klingt in den Mittellagen recht angenehm. Die höheren Töne waren gepreßt. Die Schubertschen und Schumannschen Lieder sagten ihr im allgemeinen zu. „Der Frühlingsglaube", „La Pastorella" und „In der Nacht" wurden recht wirkungsvoll zu Gehör gebracht. Unter den vier Liedern (Manuskript) von M. Vetter (Halle) gefiel wohl am besten das „Weißt du, Mutter, vorgegangen — durch die Zartheit und Innigkeit des musikalischen Ausdrucks. — Am Bülthnerflügel begleitete Otto Volkmann (Magdeburg mit seinem Verständnis und pianistischer Gewandheit. C. Pr.

Wie das Sacharin entdeckt wurde. In diesen Zeiten der Zuckerknappheit ist das Sacharin, dessen Verwendung durch Gesetz sehr eingeschränkt war, wieder zu Ehren gekommen. Wenn es auch nicht den geringsten Nährwert besitzt, so ist es doch als Würzmittel bei der Zubereitung von Speisen nicht zu unterschätzen. Freilich muß bei seiner Verwendung eine gewisse Vorsicht walten, da seine Süßkraft etwa 550mal so groß ist, wie die des Rohzuckers. Diese hohe Süßkraft führte auch zu seiner Entdeckung durch Fahlberg. Der im Jahre 1910 verstorbene deutsche Chemiker erzählte, wie die „Chemisch-Technische Wochenschrift" in Erinnerung bringt, darüber folgendes: Im Sommer 1878 war er in dem Laboratorium der John-Hoplins-Universität zu Baltimore mit Versuchen zur Darstellung bis dahin noch unbekannter organischer Körper beschäftigt. Eines Abends fiel ihm zu Hause beim Essen der süße Geschmack eines Brotes auf, er bemerkte aber bald, daß dieses von seinen Händen herrührte, obwohl er sie nach Beendigung der Laboratoriumsarbeit gewaschen hatte. Er eilte in das Laboratorium zurück und durchkostete sämtliche auf seinem Arbeitstisch befindlichen Gläser und Schalen; dabei fand er, daß der Inhalt eines der Gläser auffallend süß schmeckte. Die chemische Analyse ergab, daß es sich um das später von Fahlberg Sacharin genannte Benzoesäureanhydrid, also einen Abkömmling des Benzols handelte. Im Jahre 1884 gründete dann Fahlberg die erste kleine Sacharinverzuckerfabrik in Neuyork, um zwei Jahre später die Fabrikation auf deutschem Boden im großen zu beginnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210311-16/fragment/page=0005

durch Zwang erhalten wir klassenbewußte Gewerkschaftler und überzeugungstreue Sozialisten, sondern nur durch eine stete Ausbreitung der Bildungsmöglichkeiten, durch eine dauernde Schulung in allen Fragen des Organisationslebens. Möge die Arbeiterschaft endlich an diesem Beispiel erkennen, daß sie an einem falschen Strange zieht, wenn sie jenen Leuten Folge leistet, die über nichts als radikale Tonarten verfügen. Die Bahn, welche heute von einzelnen Verbänden auf Grund der Hetzarbeit kommunistischer Phraseure beschritten wird, führt Gewerkschaft und Arbeiterschaft in den Abgrund.

Zum Abbau der Vorschulen.

Gegenüber irrigen Pressenachrichten wird von amtlicher Seite folgendes festgestellt:

1. Der Ababu der öffentlichen Vorschulen und Vorschulklassen beginnt überall da, wo er nicht schon früher begonnen worden ist, zu Ostern dieses Jahres und muß Ostern 1924 spätestens beendet sein

2. Private Vorschulen sind ebenso zu behandeln; nur dort, wo der Abbau wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte oder Unterhaltungsträger mit sich bringen würde, kann er hinausgeschoben werden. Doch muß auch dort der Abbau zu Ostern 1929 beendet sein.

3. Private Schulzirkel sind nach dem Grundschulgesetz nicht zulässig.

Der Wohnungsneubau im Reich.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Nach neueren Angaben der Länder, die allerdings noch nicht ganz vollständig sind, ist die Zahl der seit Kriegsende begonnenen und fertiggestellten Wohnungen (Dauer-, Behelfs- und Notwohnungen) größer, als bisher geschätzt wurde. Danach ist etwa mit folgenden Zahlen zu rechnen: 1. in Angriff genommen sind rund 210 000 Wohnungen, davon rund 60 000 Not- und Behelfswohnungen. Von diesen Wohnungen entfallen auf die Orte über 100 000 Einwohner etwa 35 Prozent, auf Orte von 20- bis 100 000 Einwohner etwa 19 Prozent, auf Orte unter 2000 Einwohner 18 Prozent. 2. Fertiggestellt waren am 1. Oktober 1920 rund 150 000 Wohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis zum 21. Dezember 1920 um rund 15 000 vermehrt haben, so daß etwa mit 165 000 vollendeten Wohnungen gerechnet werden kann.

„Emil, wie hast du dir verändert!“ So schreibt gestern der „Klassenkampf“ über den früheren Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes Winkler. Er ist aber gründlich auf dem Holzwege, wenn er meint, Winkler hätte uns damals die Berichte geliefert. Da war dieser viel zu ängstlich darauf bedacht — wie auch jetzt manchmal noch — es mit den Kommunisten nicht zu verderben. Erst die drohende Zerstörung der Gewerkschaften und die Verhinderung jeder praktischen Tätigkeit derselben durch die V. K. P. D. trieb ihn, gegen seinen Willen, zu einem verzweifelten Kampf gegen diese Bestrebungen. Wie wir jedem Verfolgten und Unterdrückten unsere Spalten öffnen, so auch ihm, aber Berichte über das kommunistische Treiben erhalten wir aus ganz anderen Kreisen der dortigen Zwangsmitglieder. Es gibt viele, die es immer noch nur heimlich wagen, uns die Hand zu drücken, aber wie sie über ihre Zwangslage denken, das haben ja die letzten Wahlen bewiesen. In Orten, in denen es unserer Partei nicht möglich ist, eine Versammlung abzuhalten, noch weniger gar einen Ortsverein zu gründen, haben wir hunderte von Stimmen erhalten, fast soviel wie die Kommunisten selbst, die dauernd mit ihrer starken Organisation prahlen. Es ist zu verzeichnen, daß Arbeiter gezwungen werden, sich bei den Kommunisten zu organisieren, bei Wahlen aber unserer Partei die Stimme gaben. Daher erhalten wir auch unsere Nachrichten.

Zur Ermordung Hartungs wird uns noch mitgeteilt, daß seine Leiche unweit München aus dem Wasser gezogen wurde. Sie zeigte mehrere Schuß- und Stichverletzungen und um den Hals hatten die Mörder einen Strick mit eingebundenen Steinen gelegt. Weiter wird uns noch berichtet, daß bereits vor wenigen Wochen hier in Halle auf Hartung ein Anschlag verübt werden sollte. Er war jedoch abwesend.

Der langjährige Direktor der Universitätsbibliothek Dr. Karl Gerhard verschied am 10. März, vormittags, nach kurzer Krankheit. Gerhard war geboren am 27. Dezember 1847 in Sulzbach (Kreis Saarbrücken) und trat nach theologischen und philosophischen Fachstudien 1874 an der Universitäts-Bibliothek Berlin in die bibliothekarische Laufbahn ein. Von 1876 bis 1888 wirkte er als Kustos an der Universitäts-Bibliothek in Bonn, dann wurde er mit der Leitung der Universitäts-Bibliothek in Münster und 1891 mit der Leitung der Universitäts-Bibliothek in Königsberg betraut, von wo er 1898 als Abteilungsdirektor an die Preußische Staatsbibliothek in Berlin übertrat. 1899 wurde er zum Direktor der hiesigen Universitäts-Bibliothek ernannt, der er bis zu seinem am 1. Oktober v. J. erfolgten Rücktritt vorgestanden hat. Geheimer Regierungsrat Dr. Gerhard war auch langjähriges Mitglied der Kommission für die bibliothekarische Fachprüfung.

Der neue Eisenbahn-Personentarif. Die Durchführungsbestimmungen für den neuen Personentarif sind jetzt den Dienststellen mitgeteilt worden. Die neuen Fahrpreise werden danach vom 1. Juni an gelten. Die Fahrpreise betragen von da ab für das Kilometer: In der 1. Klasse 58,5, in der 2. Klasse 32,5, in der 3. Klasse 19,5, in der 4. Klasse 13 Pfennig. Beförderung von Hunden 10 Pfennig für das Kilometer. Diese Einheitssätze sollen nach oben abgerundet werden, und zwar bei Fahrpreisen bis zu 5 Mark auf volle 10 Pfg., über 5 Mark bis zu 10 Mark auf die nächsten 50 Pfg. und bei Fahrpreisen über 10 Mark auf ganze Mark. Mindestsätze: für die 1. Wagenklasse 3 Mark, für die 2. Klasse 1,70 Mark, für die 3. Klasse 1 Mark, für die 4. Klasse 0,70 Mark und für Hunde 1 Mark. Schnellzugszuschläge (unter Beibehaltung der bisherigen Drei-Zonen-Staffelung): Die 1. Zone (bis zu Entfernungen von 75 Kilometern) in der 1. und 2. Klasse 8 Mark und in der 3. Klasse 4 Mark, in der 2. Zone (Entfernungen von 76 bis 150 Kilometern) 16 Mark 1. und 2. Klasse und 8 Mark 3 Klasse, und die Karten für die 3. Zone (Entfernungen über 150 Kilometer) 24 Mark 1. und 2. Klasse und 12 Mark in der 3. Klasse. Die Preise für Bahnsteigkarten (0,50 Mark) sowie für Nachlösekarten werden nicht erhöht. Die Sätze für Monats- und Wochenkarten, Arbeiterrückfahrkarten sowie die Sätze für Gepäck und Expreßgut sollen ebenfalls erhöht werden.

Die Leitung der Kunstgewerbeschule ladet zu einer am Sonntag, den 13. März, vormittags ½12 Uhr in der Aula der Kunstgewerbeschule (Gutjahrstraße 1) stattfindenden Veranstaltung ein. Es wird Prof. Dr. Friedrich Wolters von der Universität Marburg über das Thema: „Vom Geiste der germanischen Heldensage“ sprechen und eigene Uebertragungen vorlesen. Eintrittskarten an der Kasse vor Beginn des Vortrags. Telephonische Bestellungen sind an Telephon Nr. 5015 zu richten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Höheren Mittel- und Volksschulen der Stadt Halle veranstaltet am Sonnabend, dem 12. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula der Talamtschule einen Vortrag (Thema: Sorgenkinder — Sonnenkinder; Redner: Herr Rektor Breitbarth, Halle), zu dem alle Eltern und Freunde der Schulsache hiermit eingeladen werden.

Stadttheater. Heute Freitag, abends 7½ Uhr wird das heitere Werk „Menagerie“ von Kurt Goetz zum ersten Male wiederholt, Sonnabend „Wenn Liebe erwacht“, Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1—5 Mk. „Als ich noch im Flügelkleide“, Sonntag abend 7½ Uhr „Der Freischütz“, Montag „Die Gezeichneten“.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, unter der Spielleitung von Adalbert Kriwat „Charleys Tante“, Schwank von Thomas zur Aufführung.

Freie Volksbühne Halle. IV. Werk (Maria Magdalena). Anfang 7½ Uhr. Spieltage: G: Dienstag, den 15., H: Donnerstag, den 17., I: Sonnabend, den 19., K: Montag, den 21., L: Mittwoch, den 23. März.

Zum Freibankverkauf am 12. März 1921 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 1—100, um 9 Uhr 101—200, um 10 Uhr 201—300, um 11 Uhr 301—400.
Halle, den 10. März 1921. **Der Magistrat.**

Provinz und Umgegend.

Die Bewährung der neuen Landräte.

Von den 430 Landratsämtern Preußens werden zurzeit 57 von Sozialdemokraten verwaltet. Diesen 57 Landratsämtern waren im Friedensjahr 1913 32 Regierungsassessoren zugeteilt. Jetzt sind bei denselben 57 Landratsämtern nur noch 8 Regierungsassessoren beschäftigt, und zwar je einer bei den Landratsämtern in Nauen, Halle, Linden, Blumenthal, Bochum und Wiesbaden. Dem sozialdemokratischen Landrat des bedeutenden Kreises Niederbarnim sind wie vor dem Krieg auch jetzt zwei Regierungsassessoren zugeteilt, ebenso dem nichtsozialdemokratischen, fachlich vorgebildeten Landrat des Kreises Teltow, in dem die Verhältnisse ähnlich liegen wie im Kreise Niederbarnim. Der dem Landrat des Kreises Bochum zugeteilte Regierungsassessor ist gleichzeitig bei der Polizeidirektion Bochum tätig, während vor dem Kriege bei dem Landratsamt und der Polizeidirektion Bochum je ein besonderer Regierungsassessor beschäftigt war.

Dem sozialdemokratischen Landrat des sehr wichtigen Kreises Waldenburg, bei dem stets ein Regierungsassessor beschäftigt war, war nur vorübergehend ein Regierungsassessor zugeteilt; es wird ihm demnächst wieder einer zugeteilt werden. Dem jetzt von einem Sozialdemokraten verwalteten Landratsamt Hörde waren im Jahre 1913 zwei Regierungsassessoren zugeteilt, jetzt keiner. Nur vorübergehend war bei diesem Landratsamt ein Regierungsassessor beschäftigt.

Bei 25 weiteren jetzt von Sozialdemokraten verwalteten Landratsämtern, denen früher stets ein Regierungsassessor zugeteilt war, ist jetzt kein Regierungsassessor beschäftigt, und zwar weder zur Hilfeleistung noch zur Ausbildung. In keinem Fall ist einem von einem Sozialdemokraten geleiteten Kreise, dem früher kein Regierungsassessor zugeteilt war, jetzt ein solcher zugeteilt worden. Es werden also jetzt bei den von Sozialdemokraten verwalteten Landratsämtern ganz bedeutend weniger Regierungsassessoren beschäftigt, als früher, wo diese Landratsämter von fachlich vorgebildeten Beamten verwaltet wurden.

Trotzdem wird von den reaktionären Blättern behauptet, daß die sozialdemokratischen Landräte nichts könnten und die Assessoren die Arbeit machen müßten.

Der galante Kommunist. Stand da am Wahltage ein deutschnationales Mädel vor einem Wahllokal in Bitterfeld. Jung und fesch. Und da die Dummen nicht alle werden, fanden ihre Stimmzettel einen starken Absatz. Neben ihr der Kommunist Berga mit gleißendem Sowjetstern, aber umso — aristokratischerem Herzen. Blick in Blick getaucht. Das bringt selbst mannhafte Sowjetherzen in zarte Schwingungen. (Er ließ verschiedene ganz Rrradikale, die nach dem „revolutionären Stimmzettel fahndeten, über all den Schwingungen vorbeitapsen.) Und siehe da — dem deutschnationalen Mädel gingen die Stimmzettel aus. Wenn sie nach der Zentrale der Hakenkreuzler telephonierte, bekam sie „Nachschub“. Aber so meinte sie mit ungemein zierlicher verführender Zartheit — sie bekomme beim Telephonieren Soll solches Zittern. (O weh!) Sie bringe es nicht fertig. Soll da nicht ein feuriger Kommunist als deus ex machina einspringen? Wer also mit vollendeter Grazie und unaussprechlicher Feinfühligkeit zum Telephon rast und neue Hakenkreuzlerstimmzettel bestellte — war unser Kommunist. Welche Perspektive! Hakenkreuzlerherz und Kommunistenmannheit finden sich zu trauter Idylle zusammen! Ein ganz Klassenbewußter bestellt Stimmzettel für die Erzfeinde des Proletariats. Ist das nicht etwa ein Lichtblick in trüber Zeit?! Die Einheitsfront wurde in Bitterfeld etabliert — zwischen zwei sich findenden Seelen. Herrlich! Pfui Deuwel! — Aber Extreme berühren sich. Ohne im geringsten erstaunt zu sein, sehe ich folgenden Zukunftsereignissen entgegen: Kilian fordert Fräulein Schiele (die deutschnationale Abgeordnete) nach dem nächsten Wahlgang zu einem Original-Foxtrott auf. Verschiedene kommunistische „Führerpersönlichkeiten“ fragen per Eilbrief bei Herrn Helfferich an, ob er keine freiersdürftige Tochter hat. — Lenin läßt sich vom Papst zum Kaiser von Europa krönen!

Dölau. Fabrikarbeiter. Sonnabend, den 12. März, abends ½8 Uhr, bei Dierschke: Mitgliederversammlung.

Bruckdorf. Fabrikarbeiterverband. Sonnabend, 12. März, abends ½8 Uhr, bei Große: Mitgliederversammlung.

Ammendorf. Folgen kommunistischer Verblendung. In vergangener Nacht ist in Ammendorf ein schwerer Einbruch verübt worden, und zwar wurde im Zigarrengeschäft Lippschert und Thronicke der ganze Laden ausgeraubt. Durch Ausschneiden der Scheibe in der Ladentüre gelangten die Einbrecher in das Innere des Ladens. Das ist jetzt schon der dritte Einbruch in diesem Geschäft. Der Schaden ist nach Tausenden zu bemessen. — Und was trägt dazu bei? Der Schutz der Ammendorfer Einwohnerschaft ist in keiner Weise gewährleistet. Die zum größten Teile kommunistische Gemeindevertretung lehnte seinerzeit die Sipo als Wachtpersonal ab und der Schutz ganz Ammendorfs liegt in der Hand — eines Nachtwächters. Die Einwohnerschaft Ammendorfs darf verlangen, daß für ihre Sicherheit besser Sorge getragen wird.

Merseburg. Versammlung. Der Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Ortsgruppe Merseburg, hielt am Dienstag abend seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, die sämtlich der Ortsgruppe als Mitglieder beitraten. Die weitere Einführung der Mitglieder in das Reichsversorgungsgesetz erfolgt durch ein Referat über die §§ 68 bis 71 des R.-V.-Gesetzes betr. Uebertragung, Verpfändung und Pfändung der Versorgungs-Gebührnisse. Eine eingehende Besprechung findet die schwierige Lage, in der sich manche Kriegshinterbliebene durch die Schulentlassung ihrer Kinder in diesem Jahre befinden. Das Reich hat, trotz fortgesetzter Eingaben der Kriegsopferorganisationen, infolge seiner traurigen finanziellen Lage, sich nicht entschließen können, wie im Vorjahre, den Kriegerwaisen eine Schulentlassungsbeihilfe zu bewilligen. Die Ortsgruppe hat sich daher verpflichtet gefühlt, eine Eingabe an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu richten und die Bewilligung eines angemessenen Betrages zur Auszahlung einer Beihilfe an sämtliche bedürftige Kriegerwaisen der Stadt, die ins Berufsleben treten, zu erbitten. Die Versammlung hofft, daß die Organe der Stadt dem Beispiele anderer Städte folgen und die erbetenen Mittel gegebenenfalls aus Sparkassenüberschüssen zur Verfügung stellen werden. Die Ortsgruppe selbst ist durch die Gabe eines hochherzigen Spenders in der Lage, seinen sämtlichen Kriegerwaisen, die in die Schule eintreten oder die Schule verlassen, Ledersohlen zu überweisen. Eine nochmalige weitere Aufklärung über die von der Ortsgruppe angeregten und von der Kreisfürsorgestelle eingerichteten Ausbildungskurse hat den Erfolg, daß sich eine große Anzahl der Mitglieder in die ausgelegte Teilnehmerliste eintragen. Die Tagesordnung der Kreisbeiratssitzung findet eine eingehende Besprechung. Des Weiteren wird zu einer eventuellen Trennung der in Merseburg wohnenden Kriegsopfer von der jetzigen Kreisfürsorgestelle durch die Bildung des Stadtkreises Merseburg Stellung genommen. Es wird begrüßt, daß das Verkehrsministerium sich dahin entschieden hat, daß Kriegsbeschädigte, die nach der Art ihrer Verletzung während der Reise sitzen müssen, in der III. Kl. zum Fahrpreis der IV. Kl., in Schnellzügen außerdem gegen tarifmäßigen Zuschlag befördert werden. Bei Erledigung zahlreicher geschäftlicher Mitteilungen wird in schärfster Weise gerügt, daß der Magistrat auf eine Eingabe vom 16. Dez. 1920 wegen Einstellung einer arbeitslosen Kriegshinterbliebenen als Reinemachefrau trotz wiederholter Erinnerungen bis heute der Ortsgruppe keinerlei Mitteilung hat zugehen lassen. Die Erteilung eines Zwischenbescheides hätte mindestens erwartet werden können. Die Ortsgruppe behält sich weitere Schritte vor. Infolge Eintritts der frühen Polizeistunde mußte ein großer Teil der Tagesordnung unerledigt bleiben und für die nächste Monatsversammlung zurückgestellt werden.

Merseburg. Deutscher Beamtenbund, Ortskartell Merseburg. Die auf Freitag, den 4. d. M. einberufene Vertreterversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Vermessungssekretär Mehler, eröffnet. Es waren 25 Vertreter aller Gewerkschaften anwesend. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Die Rundschreiben des D. B. B. und des Provinzialkartells betr. Teuerungszuschlag und Ortsklasseneinteilung usw. wurden bekannt gegeben. Die Erörterung dieser Fragen und die Berichterstattung über die Ortsklasseneinteilung wird im Laufe dieses Monats noch in einer Mitgliederversammlung erfolgen. Ueber den Stand der Ortsklasseneinteilung ist anfangs voriger Woche seitens des Ortskartells in der Presse bereits berichtet worden. Nach Rückkehr des 1. Vorsitzenden von den Verhandlungen des Finanzministeriums und statistischen Amtes mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes wird das Ergebnis der Verhandlungen alsbald bekannt gegeben. Es wurden folgende Kommissionen gewählt: 1. Beamtenrecht und -Besoldung, 2. Beamtenwirtschaft, 3. Kommunalpolitik, 4. Heimstättenwesen, 5. Presse, 6. Hochschulkunde, 7. Bücheraustausch, 8. Krankenkasse. Die Kommissionen werden in Kürze zur Konstituierung, Wahl des Obmannes und Festsetzung eines Arbeitsplanes zusammentreten. Zur Hebung der Leistungsfähigkeit wurde eine Erhöhung der Beiträge beschlossen. Alle Ausführungen der Vertreter zeigten, daß im Ortskartell ersprießliche Arbeit für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamtenschaft geleistet wird. Um 10 Uhr schloß der Vorsitzende die Vertreterversammlung.

Merseburg. Der Sonderwagen der Elektrischen Merseburg-Halle, der, wie wir gestern bereits mitteilten, in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag und vom Sonntag zum Montag verkehrt, um die Angehörigen der Oberschlesier von Halle wieder zurückzubringen, fährt 12.40 Uhr von Halle ab. Die gestern angegebene Abfahrtszeit ist die Abfahrt des Oberschlesier-Sonderzuges vom Bahnhof Halle 12.19 Uhr. Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die zur Gruppe C 25 gehörenden Abstimmungsberechtigten mit dem Sonderzug ab Halle 9.40 Uhr, die zu D 13 gehörenden Abstimmungsberechtigten mit dem Sonderzug ab Halle 12.19 Uhr nachts fahren und frühzeitiges Erscheinen zu den Zügen unbedingt notwendig ist.

Mücheln. Gründung einer „Arbeiter-Jugend“-Ortsgruppe am kommenden Sonntag. Für Mücheln und Umgegend sollen Kämpfer, ein starker Nachwuchs für den Sozialismus herangezogen werden. Nur durch zielbewußtes, konsequentes Arbeiten kann dieses Ziel verwirklicht werden. Darum sollen hiesige Genossen die vorhandenen jungen Kräfte zusammenfassen, um ihre Wünsche und Ideen in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Versammlung, die zur Gründung einer Ortsgruppe führen soll, findet also am nächsten Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal „Zur guten Quelle“ statt.

Weißenfels. Brand. In Queisau brannte, vermutlich durch die Unvorsichtigkeit eines rauchenden Schulknaben, die Feldscheune des Landwirts Kretzschmar nieder. Der Schaden an Maschinen und Stroh beträgt über 100 000 Mk.

Weißenfels. Erhöhung der Elektrizitätskosten. Durch Beschluß der städtischen Körperschaften wird ab 1. Februar 1921 festgesetzt, daß ein Teil der Umbaukosten der Hausinstallationen beim Wechsel von Gleich- auf Drehstrom von den einzelnen Konsumenten getragen werden muß. Die Verrechnung geschieht derartig, daß die in den Einzelanlagen durch Auswechselung von Motoren, Lampen, Leitungen und Installationsmaterial, sowie durch Montagelöhne erwachsenden Selbstkosten zur Hälfte vom Elektrizitätswerk und zur Hälfte vom Konsumenten zu tragen sind. Die gebrauchten Gleichstrommotoren und 110 Volt-Lampen werden vom Elektrizitätswerk zu angemessenen Preisen gutgeschrieben und durch neue Drehstrommotore gleicher Leistung und 220 Volt-Lampen ersetzt. Ausgenommen hiervon sind die Kraftanlagen, deren Besitzer sich durch Revers verpflichtet haben, die Umwechselung auf eigene Kosten vorzunehmen.

Bernburg. Zu dem Mord an Frau Hesse. Wie gemeldet, war der Schuhmacher Otto Heese unter dem dringenden Verdacht des Gattenmordes verhaftet worden. Die Angelegenheit hat jetzt durch eine Hellseherin eine unerwartete Aufklärung gefunden. Das Medium schilderte, wie die „Bernb. Ztg.“ meldet, in der Hypnose in dem Raum, in dem die Frau Minna Heese den Tod fand, ganz genau die Vorgänge, die sich in der betreffenden Nacht dort ereignet. Dem im Gefängnis befindlichen verdächtigen Ehemann Otto Heese wurden nun die Vorgänge auf den Kopf zugesagt. H. gab alles zu und legte ein vollständiges Geständnis ab. Danach hat er mit seiner Frau in der betreffenden Nacht Streit gehabt und in dessen Verlauf sie so am Halse gewürgt, daß sie das Bewußtsein verlor. Darauf warf er sie aus dem Bette und kümmerte sich nicht mehr um sie. Die Frau fiel unglücklicherweise auf einen vor dem Bett stehenden Eimer, und zwar mit der Brust auf den einen und mit dem Hals auf den anderen Rand. Ihr wurde dadurch die Kehle zugedrückt und sie mußte, weil sie bewußtlos war, und H. ihr nicht half, ersticken. Es liegt also nicht Mord vor, sondern anscheinend Körperverletzung mit tödlichem Ausgange.

Köthen. Ueberfall und Raub. Als die Buchhalterin Breßlow der Firma Krieg in Bernburg, die auf der Wagnerschen Maschinenfabrik in Köthen Leute beschäftigt, mit einer Aktenmappe, die die Lohngelder in Höhe von 12 000 Mark enthielt, in die Gegend der Fabrik kam, wurde sie plötzlich von einem 20jährigen jungen Manne überfallen, in den Graben geworfen und unter Vorhaltung des Revolvers des Geldes beraubt. Der Räuber fuhr darauf auf einem Rade davon. Man vermutet, daß es einer der früheren Arbeiter ist, der genau gewußt hat, daß die Buchhalterin jeden Freitag mit den Lohngeldern in Köthen eintrifft.

Hettstedt. Eine „bewegte“ Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordnetenversammlung vom 28. Februar leistete sich, wie schon so oft, wieder mal was Außerordentliches. Die Tagesordnung bestand aus zehn Punkten. Wir wollen die einzelnen Punkte nicht weiter aufführen. Als erster Punkt war die Einführung zweier neuer Stadtverordneten aufgestellt, was in üblicher Weise ausgeführt wurde. Es waren zwei Herren der Linken (Komm.), früher U. S. P. Es waren die beiden letzten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210311-16/fragment/page=0006

die dieser Liste noch von 24 zur Verfügung standen. Die Linke besteht aus 14 Stadtverordneten. Der stellvertretende Vorsteher, Rektor Thormann, leitete die Versammlung bis der neue Vorsteher für den sein Amt niedergelegten früheren gewählt war. Es ist der Maurer Franz Gebhardt (Komm.), Stellvertreter wurde Handelsmann Karl Helle (Komm.). Andere konnten ja zu diesen Aemtern nicht in Frage kommen, da die Linke, die immer in der Mehrheit sitzt, diktiert. Das Kollegium setzt sich zusammen aus 13 Kommunisten (früher 14 U. S. P.) gegen 7 Rechte, 3 Sozialdemokraten, 1 U. S. P. Wohlweislich wählten sie zum Schriftführer und dessen Stellvertreter zwei Herren der Rechten. Ob nun aus Furcht, eine geeignete Kraft nicht in ihren Reihen zu finden, oder ob aus Arbeitsunwilligkeit, dies sei dahingestellt. Die Arbeit wälzen sie eben auf anderer Schultern. Diese beiden Herren, Rektor Thormann und Kaufmann Ecke, wurden mit den 13 Stimmen der Kommunisten gewählt. Die Rechte, Sozialdemokraten und der unabhängige Stadtverordnete enthielten sich der Stimmen. Außerdem sind beide Herren gar nicht verpflichtet, dieses Amt anzunehmen. Es wird eben immer darauf los gewirtschaftet. Einen heiteren Augenblick gab es, als Herr Stadtverordneter Stier den Stadtverordneten Reck als Schriftführer vorschlug. Da sagte Ratsherr Steinweg (Komm.): Herr Dr. Stier, ich bitte Sie, machen Sie doch keine Witze, wir haben intelligente Leute von Ihnen vorgeschlagen, worauf Herr Stier erwiderte, ist Herr Reck denn nicht intelligent? (Allgemeine Heiterkeit.) Herr Reck ist aber auch eine wichtige Person, da er doch immer als Mauerbrecher benutzt wird. Er setzte es mit seinen Gesinnungsgenossen durch, daß der Stadtverordnete Albrecht von sämtlichen Kommissionen, die er inne hatte, ausgeschlossen wurde, was ihm eigentlich sehr lieb sein kann, jedoch eine arge Willkür ist. Seine Angriffe waren wie immer, gehässigster Natur. Stadtverordneter Graul S. P. D. jedoch brachte ihn zum Schweigen mit seinen einwandfreien Ausführungen. Eine große Debatte ergab der neunte Punkt der Tagesordnung: Bewilligung von Mitteln zum Bau von Wohnungshäusern. Stadtverordneter Graul erklärte, daß auch seine Freunde dafür stimmen würden, wenn ihnen Wege gezeigt würden, wie die Mittel dazu aufgebracht werden könnten. Er rechnete auch heraus, daß eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche einen Mietspreis von mindestens 3750 Mk. erfordere. Würde aber die Wohnung mit 300 Mk. vermietet, bezw. 500 Mk., so ergäbe dies für jede Wohnung eine Zubuße von 3450 Mk. bezw. 3250 Mk. Es würde aber niemand für 300 bezw. 500 Mk. diese Wohnungen beziehen wollen, da sie in Privathäusern für zwei Drittel dieser Preise wohnten. Mithin würden diese Häuser nachher leer stehen, und Hettstedt hätte alljährlich einen Zinsenaufwand für 28 Wohnungen von 105 000 Mk. mindestens aufzubringen, jährlich zu 7 Prozent gerechnet. Bei der Wohnungsdebatte wurde Herr Stadtverordneter Albrecht (S. P. D.) vom Ratsherrn (Komm.) mit großem Wutausbruch als Fatzke bezeichnet. Auch der Ratsherr Steinweg erlaubte sich, ihn mit den Worten Lump u. a. m. anzuschreien. Solche Rüpeleien sind wohl wenige in der Geschichte zu verzeichnen. Auch dem Stadtverordneten Herrmann (U. S. P.) rief er wütend zu, wir sprechen uns unten. (Faustrecht.) Das sind die Volksbeglücker von heute. Was der Sitzung noch die Krone aufsetzte ist, daß die kommunistischen Stadtverordneten einen Dringlichkeitsantrag einbrachten, dahin lautend, den Bücherrevisor Zimmer aus Halle zum Revidieren herkommen zu lassen und die Mittel dazu zu bewilligen. Wo sie auch gleich eine Kommission aus ihrer Fraktion wählten zur Bewachung. Die Rechte, Sozialdemokraten und der unabhängige Stadtverordnete verlassen die Sitzung. Auf diese Weise ist die Stadt immer der Diktatur der 13 Kommunisten unterworfen. Armes Hettstedt!

Hettstedt. Keine Wiedereinsetzung Alb. Gerickes in das Hettstedter Bürgermeisteramt. Dem bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Michael ist dieser Tage vom Minister des Innern (IVa II 125 IV u. V 126 III), datiert vom 28. Februar 1921, folgende Mitteilung zugegangen: „Auf die Eingabe vom 24. Januar und das Telegramm vom 20. Februar d. J.: Der frühere Bürgermeister Gericke hat sein Amt nicht infolge einer Amtssuspension, sondern infolge seiner Verurteilung zu einer mehr als 1jährigen Freiheitsstrafe unmittelbar kraft Gesetzes (§ 7 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852, G.-S. S. 465) verloren. Der Verlust des Amtes ist damit endgültig eingetreten, er kann weder durch eine nachfolgende Begnadigung noch dadurch beseitigt werden, daß das Straferkenntnis durch ein späteres Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben wird. Eine Wiedereinsetzung des früheren Bürgermeisters Gericke in sein bisheriges Amt von Aufsichtswegen ist danach unzulässig. Ich gebe anheim, die Mitunterzeichner der Eingabe vom 24. Januar entsprechend zu verständigen."

Eisleben. „Freundliche Bemerkungen." Ein Flugblatt, verbreitet im Mansfelder Land, und herausgegeben von einigen auf dem Boden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsmitgliedern, das sich in sachlichen, aber nachdrücklichen Ausführungen gegen die Bestrebungen der Kommunisten wendet, fand „liebevolle" Kritik seitens der „Mansfelder Volkszeitung". Mit freundlichen Worten wie „Gesindel" usw., wurde geantwortet, so daß die Befürchtung naheliegt, daß Knigges „Umgang mit Menschen" in der Buchhandlung der „Mansfelder Volkszeitung" ausverkauft zu sein scheint.

Eisleben. Ein stark besuchtes Reißer-Konzert fand am Dienstag abend im Volkshause unter Mitwirkung der Bergkapelle statt. Der wiederum sich als Meister zeigende heimische Künstler erntete mit seinen ihn willig folgenden Musikern stürmischen Beifall. Die 2. Sinfonie von Beethoven, die Webersche „Oberon"-Ouvertüre, ein von Reißer komponiertes Wiegenlied und zwei Walzer von Strauß, unter dessen Leitung der Künstler selbst gearbeitet und somit als geeigneter Interpret Strauß für Walzermusik besonders in Frage kommt, standen im Vordergrund des Interesses. Auf dieser Bahn weiter gewirkt, dürfte der Gedanke, der breiten Masse unsern Meister der Töne näher zu bringen, bald verwirklicht werden.

Wernigerode. Zement = Zucker. Eine verdächtige „Zementladung" wurde auf dem Anschlußgleis der Harzquerbahn angehalten. Beim Nachsehen verwandelte sich der Zement in Zucker. Den der Privatmann Löbsch hier vom Kellner Hüttenrauch in Halberstadt geschickt erhalten hatte. Der Zuckerwagen war in Rienhagen gestohlen worden. Die Strafkammer Halberstadt verurteilte Hüttenrauch zu vier Monaten Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, Löbsch zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe.

Sangerhausen. Ein neues Zugpaar Aschersleben—Sangerhausen in Sicht. Das Reichsverkehrsministerium war im Dezember 1920 auf die gegenwärtigen mißlichen Verkehrsverhältnisse für das Harzgebiet und besonders der Verbindungen zwischen Aschersleben—Mansfeld—Sangerhausen aufmerksam gemacht, und um Abstellung der herrschenden Verkehrsnot gebeten worden. Hierauf wird nun von der Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß zur Verbesserung der jetzigen Verbindung auf der Strecke Aschersleben—Mansfeld—Sangerhausen, auf welcher zur Zeit nur drei Personenzugpaare verkehren, im Sommerfahrplan ein weiteres Zugpaar geschaffen werden soll. Zu bemerken ist noch, daß die Einrichtung der in Aussicht genommenen neuen Zugverbindungen von der Gestaltung der Betriebsverhältnisse abhängig bleiben muß.

Martinsrieth. Diebstahl. In der Nacht vom 5. zum 6. März wurden dem Landwirt Otto Hilpert II hier aus der Miete 30 Zentner Kartoffeln gestohlen. Die Diebe haben einen großen Wagen zum Transport benutzt. Von den Urhebern dieses Diebstahls hat man noch keine Spur. Etwaige Wahrnehmungen über die Diebe und den Verbleib der Kartoffeln möchten dem Geschädigten oder dem zuständigen Landjäger (Gendarmeriewachtmeister) mitgeteilt werden.

Wittenberg. Aus dem Stadtparlament. In der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag abend wurde beschlossen, den Betrieb des städtischen Krankenhauses in eigener Regie einzustellen und ab 1. April einen Vertrag mit dem hiesigen Paul-Gerhardtstift einzugehen, indem dieses die Verpflichtungen eines städtischen Krankenhauses übernehmen soll. Dieser Beschluß kann von zwei Seiten betrachtet werden: Einmal entsprach das alte Krankenhaus durchaus nicht mehr den an dasselbe gestellten Anforderungen und verursachte im letzten Jahr einen Zuschuß von 150 000 Mk., während an das Paul Gerhardtstift nur 20 000 Mk. Zuschuß nötig sein werden; andererseits wurde aber besonders von den linksstehenden Stadtvätern darauf hingewiesen, daß das Aufgeben eines bisher in eigener Regie betriebenen Stadtkrankenhauses als ein sozialer und wirtschaftlicher Rückschritt bezeichnet werden muß. Mit Bedauern wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen der Stadt mit dem Militärfiskus auf Gewinnung des ehemaligen Garnisonlazaretts für ein Stadtkrankenhaus bisher ergebnislos verlaufen sind. — Das Projekt einer Maiblumensteuer wurde nach längerer Aussprache abgelehnt, da sonst angeblich die hiesigen Maiblumenzüchter nicht mehr konkurrenzfähig bleiben würden. — Eine stärkere Besteuerung der Wanderlager und eine Steuer für Kraftwagen, Kraftfahrräder und Kutschwagen wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen. — Zu begrüßen ist die Neuregelung der städtischen Müllabfuhr, die bisher allen hygienischen Grundsätzen Hohn sprach: Es wurde die Einrichtung des Tonnensystems beschlossen. — Das Wassergeld wurde von 45 auf 90 Pfg. für den Kubikmeter erhöht; womit gerade die Selbstkosten des Werkes gedeckt werden. — Für die oberschlesische Grenzspende wurden von der Stadtverordnetensitzung 3000 Mk. bewilligt. Die übrigen Punkte betrafen weniger wichtige Vorlagen und Beschlüsse. Erwähnt sei nur noch eine Mitteilung des Finanzdezernenten, wonach für den neuen Etat 5 Mill. Mk. an Steuern aufgebracht werden müssen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Leipziger Messe. — Der europäische Petroleumtrust. — Der Stinneskonzern in Ostpreußen. — Handelsbilanz einiger Industriestaaten. — Das Defizit der englischen und französischen Eisenbahnen. — Die Schutzzollpolitik in England und Amerika. — Die Maisprämie.

Die Leipziger Frühjahrsmesse zeigt wiederum gegenüber den vorausgegangenen Veranstaltungen einen beachtlichen Fortschritt. Man hat die Bemühungen herabgesetzt, aus den engen Räumen und der Zersplitterung der Warengruppierung herauszukommen und bietet damit den kaufmännischen Ansprüchen ein weiteres Entgegenkommen; die Messe wächst zu einem Warenplatz empor, in dem alle Neuerungen sich anpreisen, sie will der große Vermittler im Handel werden. Mit fabelhafter Schnelligkeit sind neue Behelfsbauten entstanden, um mehr Raum für die Aussteller zu gewinnen und die Zahl der Einkäufer — auch das Ausland ist stark vertreten — legt davon Zeugnis ab, einen wie erfolgreichen Anreiz diese Art der Geschäftsvermittlung ausübt.

Es ist eine Gewerbeausstellung, die sich hier auftut und die zugleich auch das harte Ringen der Industrie widerspiegelt, um die Position wieder zu erlangen, die im Kriege verloren gegangen ist. Vor allem tritt das Kunstgewerbe hervor, was hier geboten wird, ist überraschend und man hört nicht selten auf die Frage nach dem Export die zuversichtliche Antwort, daß hier die Ueberlegenheit der deutschen Produktion nicht in Gefahr kommt. Allerdings ist gegenwärtig auch der deutsche Markt für Luxuswaren so gut wie verschlossen, nur nach dem Ausland finden die teuren Gegenstände ihren Absatz. Die Zeit der Vergeudung in übermäßigen Luxus scheint für Deutschland vorüber zu sein; das Ausland vermag die Preise noch zu zahlen, weil unsere Geldentwertung dem Ausländer die Ware billig erscheinen läßt.

Auch die technische Messe zeugt von dem rastlosen Streben vorwärts zu kommen. In der Elektrotechnik beachtliche Neuerungen, in der Konstruktion neuer Werkzeugmaschinen eine reiche Auswahl, der Wettbewerb spannt alle Kräfte an. Natürlich stand die Messe sehr unter dem Druck der Londoner Verhandlungen, trotzdem sollen die Aufträge reichlich eingegangen sein, und erfreulicherweise sind darunter viel Aufträge vom Ausland. So gewinnt diese Veranstaltung eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung, die der Zeit sich anpaßt, denn das Aufsuchen der Kunden durch den Reisenden erfordert bei den hohen Reisespesen so erhebliche Aufwendungen für das Geschäftsunternehmen, daß anscheinend die Messe sich einen festeren Platz wieder erobert und relativ billiger als Vermittler im Warenverkehr den Vorzug genießt.

* * *

Die kapitalistische Entwicklung drängt weiter zu einer Konzentration der Kräfte. Schon seit einiger Zeit waren Bestrebungen im Gange, einen Petroleumtrust der beiden maßgebenden deutschen Gesellschaften zustande zu bringen. Diese Bemühungen scheinen nun nach einer etwas anderen Richtung zum Abschluß zu kommen. Die deutsche Petroleumgesellschaft kommt nicht mehr in Frage. Unter Führung der deutschen Erdöl-A.-Ges. hat sich in der Schweiz eine Trustgesellschaft mit 210 Mill. Frank Kapital gebildet. Neben der deutschen Gesellschaft haben Anschluß gefunden die böhmischen Unternehmungen des Herrn v. Liebig und die einer französischen Gruppe gehörenden galizischen Petroleumquellen. Damit ist die Entwicklung des sehr finanzkräftigen Unternehmens noch nicht zum Abschluß gebracht, sondern es wird nunmehr erst die Erwerbung neuer Ausbeutungsobjekte betrieben werden. Das Unternehmen stellt sich weiter die Aufgabe, die in Elsaß und Hannover befindlichen Erdölbetriebe durch Schachtausbau in den Leistungen zu erhöhen und die in einem neuen Verfahren erprobten Herstellung von Mineralölen aus bituminöser Kohle und ölhaltigen Schiefer in großem Maßstabe auszunutzen. Damit dürfte wohl dem amerikanischen Petroleumtrust, der Standard Oil Kompagnie eine sehr beachtliche Konkurrenz entstehen, oder zu gelegener Zeit das Aufgehen in den Welttrust sich vorbereiten.

Stinnes dehnt sein Herrschaftsgebiet in Ostpreußen weiter aus. Nachdem er in der Papierfabrikation beträchtlichen Besitz erworben hat, ist er dazu übergegangen, die ostpreußische Maschinengenossenschaft in seinen Konzern aufzunehmen. Es dürfte hier wohl die Spekulation obwalten, bei der Eröffnung des russischen Marktes möglichst nahe dem Absatzgebiet zu kommen.

Wie stark sich die Weltkrise in der Außenhandelsbilanz der Staaten bemerkbar macht, dafür einige Zahlen aus den letzten Veröffentlichungen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug im Januar d. Js. 48,0 Mill. Dollar oder 10 Mill. weniger als im Dezember. Die Einfuhr von Deutschland nach Amerika beliefst sich auf 4,6 Mill. Dollar oder 1 Mill. weniger als im Monat vorher. Die schweizerische Handelsstatistik ergab im Jahre 1920 in der Einfuhr 4,2 Milliarden Frank gegen 3,5 Milliarden im Jahre 1919. Die Ausfuhr erreichte 3,3 Milliarden Frank, sie weicht vom Vorjahr nicht erheblich ab. Die Ausfuhr Belgiens beziffert sich 1920 auf 8,7 Milliarden Frank gegen 2,3 Milliarden im Jahre 1919. Die Einfuhr stieg von 5,2 Milliarden auf 11,2 Milliarden Frank. Die dänische Handelsbilanz schließt mit einem sehr hohen Einfuhrüberschuß von 1374 Mill. Kronen ab gegen 1654 Mill. im Jahre vorher.

Der gleiche wirtschaftliche Druck, der auf allen Industriestaaten lastet, zeitigt auch gleiche Erscheinungen. Wir klagen über den schlechten Stand unserer Eisenbahnen, über die enorm hohen Zuschüsse, die diese einst gut florierenden Unternehmungen jetzt erfordern. Bei den englischen Eisenbahnen wird das Defizit für 1920 ungefähr 45 Mill. Pfund betragen, und die französischen Eisenbahnen geben ihren Fehlbetrag auf 2800 Mill. Frank an.

Die englische Regierung nützt die Situation, die durch die Wirtschaftskrise entstanden ist, zu einem Vorstoß auf dem Gebiet der Schutzzollpolitik aus. Die Arbeitslosigkeit macht ihr auch in den Kreisen die Stimmung geneigt, die bisher dem Freihandel günstig gesonnen waren. Die Vorlage, die vom Kabinett an das Unterhaus gebracht wird, will die Einfuhr einiger Waren überhaupt von der Erlaubnis abhängig machen, es soll sodann versucht werden nach dem Stand der Valuta des Auslandes den Zoll zu bemessen. In Handelskreisen macht sich gegen diese Behinderung des Handels eine lebhafte Opposition bemerkbar, ob es ihr aber gelingt, das Vorhaben der Regierung zu hindern, steht dahin. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Zollbehandlung für den deutschen Export geradezu verhängnisvoll werden muß. In den Vereinigten Staaten sind die Kräfte für die Neuregelung des Zolltarifs gleichfalls am Werke, so daß uns auch dort ein wichtiger Markt für den Absatz unserer Waren, wenn nicht verloren geht, so doch in der Aufnahme deutscher Waren erschwert und vermindert wird.

* * *

Wie bekannt, gewährt das Ernährungsministerium dem Landwirt, der über 70 Prozent seines Lieferungssolls an Brotgetreide und über 50 Prozent des Hafers abliefert, eine sogenannte Maisprämie. Das heißt, der Landwirt erhält für jeden Zentner Getreide, den er über die genannte Höhe seines Lieferungssolls abliefert, einen Bezugsschein für Mais und er erhält diesen Mais für 60 Mark den Zentner, während der Handelspreis 160 Mark beträgt. Somit wird dem Landwirt eine Prämie für einen Teil seines Getreides gewährt, die auf ungefähr 100 Mark pro Zentner zu veranschlagen ist, d. h. 2000 Mark für die Tonne. In etwas verschleierter Form ist also wiederum eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide und Hafer zur Durchführung gekommen und zwar in einem so reichlichen Ausmaß, wie es bisher noch nicht erzielt wurde. Der Zuschlag ist höher als der gültige Getreidepreis, der für Weizen 1640 Mark beträgt und mit der Maisprämie dann auf 3640 Mark, für Hafer auf 3450 Mark hinaufgetrieben wird. Damit wären wir dann so ziemlich an den Weltmarktpreis gelangt und es verschwindet der Nutzen für die Reichskasse, der aus dieser Manipulation hergeleitet wurde. Die 2000 Mark Prämien werden aus der Reichskasse zugeschossen, es ist ein besonderes Geschenk an die Landwirte. Dem Reichstag machte man die Sache dadurch schmackhaft, daß man behauptete, es würde die größere Ablieferung von Inlandsgetreide eine Ersparnis bedeuten für die damit zusammenhängende Mindereinfuhr von Auslandsgetreide. Diese Aussicht schwindet, sobald der Dollar sinkt, wir hatten bereits einen Stand des Dollars, der es gestattete, Getreide zu dem hier verrechneten Inlandspreis aufzukaufen. Die Prämienwirtschaft sollte den Landwirt in die Lage versetzen, im Mais das nötige Viehfutter zu erhalten, damit er nicht das Brotgetreide in den Viehtrog schüttet. Nun wird erklärt, daß der Landwirt für den Mais keine Verwendung hat und es bildet sich für die Bezugsscheine ein Handel heraus, ähnlich wie seinerzeit bei den Ausfuhrscheinen für Getreide. Diese Bezugsscheine werden nun auch von den Brennereien aufgekauft und damit wird der Zweck, unsere Viehhaltung mit dem Mais aufwärts zu bringen, zum Teil vereitelt und es offenbart sich die ganze Maisprämie als eine Liebesgabe, die beim Großgrundbesitz, wo sehr erhebliche Mengen der restlichen Ablieferung in Frage kommen, zu einer enormen Bereicherung führen muß.

Trotz der verhältnismäßig guten Kartoffelernte im vorigen Jahre verlangt der Kartoffelgroßhändler-Verband die freie Einfuhr vom Ausland, weil er glaubt, damit die Preise im Inland in den gegenwärtigen Grenzen zu halten. Danach muß man annehmen, daß trotz des ungünstigen Standes unserer Valuta die Preise im Inland bereits über die des Auslandes hinausgegangen sind.

Die Preistreiberei hat mithin glänzende Fortschritte gemacht.

Gewerkschaftliches.

Die neueste Beamtengewerkschaft.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht von der Gründung einer „Deutschen Verkehrsbeamtengewerkschaft" durch den bürgerlichen Blätterwald. Wir haben davon keine Notiz genommen, denn es stand von vornherein fest, daß es eine Arbeit ziemlich rückständiger Geister war. Jetzt wird dem „Vorwärts" darüber geschrieben:

In der letzten Zeit nehmen die Neugründungen von Beamtengewerkschaften einen erheblichen Umfang an, so daß es dem Uneingeweihten schwer fällt, sich durch dieses Labyrinth hindurchzufinden. Insbesondere ist das Zentrum an der Arbeit, unter dem Deckmantel der christlichen Liebe die Beamtenschaft für seine Zwecke dienstbar zu machen und sie gewerkschaftlich dem Deutschen Gewerkschaftsbund anzugliedern. Seit Monaten beschäftigt sich die Zentrumspresse damit, die politische Neutralität des deutschen Beamtenbundes anzuzweifeln und der Beamtenschaft die Folgen vor Augen zu führen, die ein Zusammengehen des Deutschen Beamtenbundes mit den „freien Gewerkschaften" für das Berufsbeamtentum zeitigen müssen. Der Zweck ist offensichtlich, wenn man erfährt, daß eine „Deutsche Verkehrsbeamtengewerkschaft" gegründet worden ist. Der Leiter der Gründungsversammlung, Gewerkschaftssekretär Funk, dessen politische Wandlungsfähigkeit vom Demokraten über den Sozialdemokraten zum Zentrumsmann nach Auffassung seiner eigenen Freunde für die Zukunft noch alles Mögliche erwarten läßt, begründete das Vorgehen damit, daß insbesondere die „Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner" bei den zurückliegenden Ereignissen versagt und die jetzigen Verhältnisse dieser Gewerkschaft den Verkehrsbeamten schwere Nachteile bringen müssen. Das neue Kind wurde in schönen Farben geschildert und ihm eine glänzende Zukunft vorausgesagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210311-16/fragment/page=0007

Abgeordneter **Allekotte** (Zentr.), der bekannte Gegner des Beamtenstreikrechts, setzte sich ebenfalls warm für die Neugründung ein, trotzdem die neue Gewerkschaft in den §§ 2 und 3 der Satzungen den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel für sich in Anspruch nimmt und die Gründung eines Streikfonds in den Satzungen festgelegt hat. Die Gründe gegen einen Beamtenstreik, die Herr Allekotte in seinem grünen Buch so überzeugend ins Feld führt und auch im Reichstag vertreten hat, scheinen sonach dann ihre Beweiskraft zu verlieren, wenn es sich darum handelt, der Zentrumspartei neue Anhänger zuzuführen. Als eine grobe Irreführung der Beamtenschaft muß es aber angesehen werden, wenn diese Gewerkschaft sich im § 1 der Satzungen als interkonfessionell und politisch neutral bezeichnet.

Der Gründung haben nicht allein namhafte Beamtenabgeordnete des Zentrums beigewohnt, sondern es hatten auch nur die Vertreter eine Einladung erhalten, die dem Zentrum nahestehen; allen übrigen wurde der Eintritt in den Sitzungssaal unter Aufbietung der Schutzpolizei (schon wieder die unvermeidliche „Schupo"!) verweigert. Abg. Schuldt von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und andere interessierten Beamtenführer mußten den Verhandlungsraum verlassen. Da die Herrschaften unter sich waren, nahm die Versammlung den gewöhnlichen Verlauf und mit dem von Funk angestimmten Lied „Deutschland, Deutschland über alles" wurde das Kind aus der Taufe gehoben.

Aus aller Welt.

Breslau, 10. März. **Ausgehobenes Schiebernest.** Die Neuesten Nachrichten melden: Dem Reichswasserschutz, Gruppe Breslau, ist es gelungen, eine weitverzweigte Schiebergesellschaft aufzudecken, die mit gefälschten Wiegekarten Dampferkohle verschoben hat. Nach den bisherigen Ermittlungen dürften von November 1920 bis Februar 1921 etwa 12000 Zentner Kohlen der Allgemeinheit entzogen worden sein. Annähernd 600 Zentner wurden beschlagnahmt. Acht Beteiligte wurden verhaftet. Bisher sind dreißig Personen in die Angelegenheit verwickelt.

Hamburg. Ein schwarzer „Kulturbringer". Am Sieldeich rempelte in der Sonntagnacht der farbige Franzose Babkara, Heizer an Bord des französischen Schiffes „Soret", den Zimmerer Karl Brandt auf offener Straße an und tötete ihn durch einen Bauchschuß. Als er festgenommen werden sollte, schoß er auf Passanten und Polizeibeamte. Schließlich wurde er, durch drei Schüsse schwer verletzt, in das Hafenkrankenhaus gebracht.

Vermischtes.

Durch Amerika in 33 Stunden. Ein wichtiger Rekord ist von der Luftpostabteilung der Postverwaltung der Vereinigten Staaten aufgestellt worden. Flugzeuge brachten nämlich sechs Säcke mit Post in 33 Stunden von San Franzisko nach Neuyork, und die Briefe wurden den Adressaten 37 Stunden, nachdem sie auf der anderen Seite des amerikanischen Kontinents aufgeliefert worden waren, übergeben. Die Strecke, die dabei von den verschiedenen sich ablösenden Postflugzeugen zurückgelegt wurde, belief sich auf 2666 englische Meilen; dieser Weg wurde in 25 Stunden 53 Minuten zurückgelegt, während die übrige Zeit mit dem Wechseln der Flugzeuge verbracht wurde. Diese Leistung stellt alle früheren Rekorde der Flugpost weit in den Schatten. Die größte Schnelligkeit die vorher erreicht wurde, war 72 Stunden, wobei außer dem Flugzeug auch noch ein besonderer Postzug benutzt wurde. Vor der Einführung der Luftbeförderung nahm die Beförderung der Post von Neuyork nach San Franzisko 4½ Tage in Anspruch.

Durch einen Traum stumm geworden. Ein höchst sonderbares Unglück ist einem Landwirt aus Jowa in den Vereinigten Staaten H. M. Jessen zugestoßen. Er wollte eigentlich mit seiner Familie im Kraftwagen nach Neuyork fahren, reiste aber dann allein mit der Eisenbahn, während seine Frau und Kinder sich im Auto auf die Fahrt machten. Er kam früher als sie an, stieg in einem Hotel ab und schlief in einem Stuhl ein, wobei er träumte, daß Frau und Kinder bei einem Autounfall verunglückt seien. Als er wieder aufwachte, öffnete er seinen Mund und — konnte nicht sprechen. Er war plötzlich stumm geworden, und seine Familie fand ihn in diesem Zustande vor.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Sowjet-Rußland. Prof. Dr. Carl Ballod. Auf das Urteil eines solchen Rußland-Kenners wird man auch dann achten, wenn man seine politische Meinung nicht in allen Teilen unterschreiben kann. Prof. Ballod hat im vergangenen Jahre Moskau besucht. Auf Grund dieser persönlichen Erkundigungen und der 25jährigen Beschäftigung mit der Volkswirtschaft Rußlands, hat Ballod einen Versuch gemacht, in einer knappen Schrift von 60 Seiten eine Darstellung des wirtschaftlichen Rußland zu geben. Das Buch ist bereits auf dem letzten Parteitage der Unabhängigen im heißen Streite für oder gegen das Moskauer Diktat erwähnt worden. Das reiche Tatsachenmaterial ist auch heute noch durchaus im politischen Kampfe am Platze, und jetzt besonders, da die Kommunisten wieder unter dem Pariser Diktat und dem Londoner Bruch auf die Rettung durch Sowjetrußland hinweisen. Auch Ballod mußte auf Grund seiner Betrachtungen zu dem Schlusse kommen: „Es ist nicht richtig, daß die Bolschewistenherrschaft bei der großen Masse der russischen Arbeiterschaft beliebt ist." Was er dann über den Terrorismus und seine Folgen auf die Wirtschaftslage Rußlands sagt, wird immer wieder in dem heiligen Kampfe um Demokratie und Menschenrecht verwendet werden müssen. Die wichtigste Seite des Heftes ist aber die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage. Jeder einzelne Industriezweig wird einer Betrachtung unterzogen und ein großes Zahlenmaterial informiert über die Kräfte und die Verschwendung von Energien unter dem diktatorischen Wirtschaftsregime. Die Landwirtschaft wird naturgemäß am breitesten unter die Lupe genommen. Ueber die Entwicklung der Landwirtschaft sagt Ballod in Uebereinstimmung mit vielen anderen Nationalökonomen: „Es hat also nicht eine Entwicklung im Sinne des Marxismus, sondern eine solche, die von Marx wegführt, eingesetzt; nicht Konzentrierung, sondern Atomisierung des Landbesitzes." Ballods Schrift wird mithelfen, den Irrtum der deutschen Kommunisten zu bekämpfen, als könnten sie unserem Lande nach dem Muster des Bolschewismus irgendetwas nützen. Kein Politiker wird an der Broschüre, welche in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin erschienen ist, vorübergehen können. L.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 24. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Franz Diederich †. — Die sozialistischen Parteien in der böhmisch-slowakischen Republik. Von H. Fehlinger. — Koalition und Koalitionsfreiheit. Von Dr. Georg Flatow I. — Spinoza und Marx. Von Professor Dr. Ferdinand Tönnies. — Apothekenreform. Von O. Schulz (Hösbach). — Literarische Rundschau: M. Stimming, Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfang des neunzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart. R. Schwemer, Vom Bund zum Reich. Von Franz Laufkötter. Heinrich Dietzel, Beiträge zur Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Von Franz Laufkötter. — Notizen: Die neueste Entwicklung des Hamburger Seeschiffsverkehrs.

Vom „Wahren Jacob" ist soeben die 5. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Die Zwickmühle. — Von der Pariser Konferenz. — Aus Ostpreußen. — Die Exekution. — Das Ende. — Der bethlehemitische Kindermord. — Lloyd George und Briand. — Sicherung. Text: Der rote Turm. Von Der Wahre Jacob. — Die Schlacht im Norden. Von Pan. — Das Resultat der Preußenwahlen in Zitaten. — Konsequenz des Edelmuts. Von Arminius. — „Ich bin ein Preuße . . . !" — v. Arnim-Schnodderheim an v. Below-Pleitenburg. Von Arnim. — Der geigende Hohenzoller. Von Arminius. — Hakenkreuz und anderes. Von Cec. — Lieber Jacob! Von Jotthilf Nauke. — Kleine Anfrage. Von F. M. — Wahlwaffen. Von pe. — Bayrisch Kraut. Von Aha. — Die Hand. Von Walter Bähr. — Einigkeit und Recht und Freiheit. Von Kurt Heilbut. — Moderne Rattenfänger. Von tg. — Erlauschtes Gespräch. Von E. Wilberg. — Vorurteilslos. Von Balduin. — Michels Prozeß. Von Pan. — Umschreibungen. Von E. — Splitter. Von Kl—r. — Usw. Usw. Der Preis der Nummer ist 60 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen

Natur. Illustrierte Halbmonatsschrift für Naturfreunde. (Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Theod. Thomas Verlag, Leipzig.) Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Heftes 9/10 der „Natur" heben wir hervor: Die Geschlechtsumwandlungs- und Verjüngsversuche Steinachs. Von H. L. Honigmann. Mit Abbildungen. Die Einsteinsche Relativitätstheorie. Von Reg.-Rat. Dr. P. Gehne. Bewegungsstudium im Film. Von W. Thielemann. Meteore und Sternschnuppen. Astronomisches im März 1921. Von Prof. Dr. A. Krause.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Warenflucht über den Rhein.

Ludwigshafen, 11. März. Tausende von Personenkraftwagen, Lastautos, Wagen usw. beliefen vorgestern und gestern die zur Rheinbrücke führenden Straßen, um vor der Errichtung der neuen Zollgrenze noch Waren über den Rhein zu bringen. Manche Straßen waren mit Gefährten aller Art derart vollgefüllt, daß polizeiliche Absperrungen und zeitweilige Einstellung des Straßenbahnverkehrs notwendig wurden.

Die 50proz. Abgabe vor dem englischen Unterhaus.

London, 11. März. Die Gesetzesvorlage betr. die 50proz. Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren wird heute im Unterhause eingebracht werden.

Die Zeitungen in der Pfalz unter Vorzensur.

Kaiserslautern, 11. März. Ueber sämtliche Zeitungen der Pfalz ist gestern die Vorzensur verhängt worden.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Härz; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Bitterfeld. Am Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, **Parteiversammlung.** Sämtliche Mitglieder sind herzlichst eingeladen. Tagesordnung ist eine sehr wichtige. Erscheine darum ein jeder! **Der Vorstand.**

Helfta. Sonnabend, den 12 März, findet im Gasthofe zur Sonne eine ordentliche **Mitgliederversammlung** statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Genosse Flücht aus Halle wird einen Vortrag halten. Freunde und Mitglieder sind willkommen. **Der Vorstand.**

Mücheln. Sonntag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, findet im Vereinslokal „zur Guten Quelle" eine **Gründungs-Versammlung** statt mit dem Ziel für Mücheln und Umgebung einen Ortsverein der „Arbeiter-Jugend" zu schaffen. Parteigenossen, es gilt der sozialistischen Idee den Nachwuchs zu sichern, darum werbt und agitiert! **Der Vorstand.**

Papitz-Schkeuditz. Sonnabend, den 12. März, abends ½ 8 Uhr, in Ritters „Landhaus Papitz" **Mitgliederversammlung.** Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen und Genossen. **Der Vorstand.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Bekanntmachung.

Die diesjährigen **Osterferien** an der **Bürgerschule,** den 4 Volksschulen und an der **Hilfsschule** finden vom 20. März bis 4. April 1921 statt.

Schluß des Unterrichts:
Sonnabend, den 19. März 1921.

Wiederbeginn: Dienstag, den 5. April 1921.

Am 19. März 1921 findet nur Abschlußfeier und Zeugnisverteilung statt.

Der Unterricht der städtischen Fortbildungsschule wird Freitag, den 18. März, nachmittags 6 Uhr geschlossen.

Für die bisherigen Schüler beginnt der Unterricht nach den Osterferien an denselben Wochentagen und Stunden und in denselben Räumen wie bisher von Mittwoch, den 6. April 1921 ab.

Ueber die Aufnahme der neuen Schüler und Schülerinnen erfolgt nach Ostern besondere Bekanntmachung.

Die Entlassung der Oberstufe findet Donnerstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle der Bürgerschule statt und es haben sich die betreffenden Schüler bereits um 4 Uhr in ihren Unterrichtsräumen einzufinden. Die Herren Handwerksmeister und Arbeitgeber werden gebeten, dafür zu sorgen, daß sich die zu entlassenden Schüler pünktlich einstellen.

Schüler der Oberstufe, welche noch nicht drei Jahre die Fortbildungsschule besuchten oder noch nicht 18 Jahre sind oder die Gesellenprüfung noch nicht abgelegt haben, werden noch nicht entlassen.

Weißenfels, den 8. März 1921.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Als Schuttabladeplatz wird die ehemalige Kiesgrube an der Schlachthofstraße freigegeben.

Weißenfels, den 9. März 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Franz Wirth, Seifenfabrik
Roßmarkt 1. **Merseburg.** Fernspr 271.
empfiehlt zu niedrigsten Tagespreisen — auch an Wiederverkäufer —
Kernseifen, helle, starke und schwache Riegel, **Schmierseifen,**
Seifenpulver, Persil usw., sowie alle **Waschartikel.**

Ganz oben
auf der Stufenleiter der Qualität steht der altbewährte Schuhputz
Pilo
Hersteller: Adolf Krebs Mannheim.
Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt).

Achten Sie
auf
Kieler Fischbörse
Steinweg 19.
Tafel-Margarine
kostet jetzt:
„Hausfreund" Pfd. 9.20
„Glück auf" „ 11.—
Reines weißes
Schweineschmalz
Pfund 11.50.
Kunsthonig
Pfund 4.50.
Wiederverk. Vorzugspreise
Kieler Fischbörse
Steinweg 19.

Eine ganze **Bibliothek** für nur **neun Mark**
erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitnehmertaschenbuch". Enthält alles, was man i tägl. Leben rasch wissen muß. z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsräterecht, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw.
Preis Mark 9.—
Buchhandlung Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 37.

Lederhandlung
Gegründ. 1861. **Gebrüder Becker** Teleph. 423.
Merseburg, Breitestr. 4.
Sohlleder- u. Oberleder-Ausschnitt.
Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Schäfte. Gummiflecke.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhalt. Schmiedebg. Moor- u. medizinischen Bäder

Sohlleder-Ausschnitt
empfiehlt billigst
Paul Andersch,
Magdeburgerstr. 8.

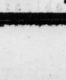
Schmierseife
Seifenpulver
Kernseife
empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbez.
F. W. Paul Richter
Halle a. d. S.,
Magdeburgerstraße 11
Fernruf 579

Preisabbau!
teils weit unter Einkauf
Herren-Ausstattungen
Handschuhe, Strumpf-Wollwaren, Lederwaren, Spielwaren, Dauerwäsche.
G. Liebermann
Geiststrasse 42.

Die Wöchnerinnen-Auszahlung erfolgt von jetzt ab nur Sonnabends von 8 bis 12 Uhr vorm.
Allgemeine Ortskrankenkasse in Merseburg.
Der Vorstand, Engel.

Ausschneiden!
Briefliche Ausbildungskur f. **Maurer und Zimmerer** als Polier. Zeichner Betonmeister. Lehrpläne kostenfrei.
C. Drescher, Bauführer
Goldschmieden (Z)
Post Dt. Lissa.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.


Uhren, Gold- und Silberwaren
Stets Neuheiten — Grosse Auswahl
Niedrige Preise.
Fugenlose Trauringe
G. Schraut, Uhrmacher, Schmeerstr. 4.
Reparaturen billigst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210311-16/fragment/page=0008